Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Telephon Nr 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124. Donnerstag, den 31. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Heute: Volksversammlung im Reuterkrug.

Hierzu eine Beilage.

Obstruktion!

O Die Parlamente Europas stehen im Zeichen der Obstruktion. Anfangs belächelt und angestaunt, ist dieses Verfahren bereits als rechtmäßige parlamentarische Taktik anerkannt worden. Erst Oesterreich, dann Ungarn, Italien, Belgien und nunmehr auch das Deutsche Reich! Erst vor Kurzem hätte man es kaum für möglich gehalten, daß im deutschen Reichstag Aehnliches möglich wäre. Ist doch der deutsche Reichstag sonst neben dem englischen Unterhaus das ehrenwertheste Parlament der Welt. An scharfen Scharmützeln, an erregten Szenen hat es ja nicht gefehlt, aber die äußere Form der parlamentarischen Würde blieb im Allgemeinen gut gewahrt. Und die Opposition, vor allem unsere Partei, hat es denn auch jetzt fertig gebracht, die Obstruktion selbst so durchzuführen, daß die Geschäftsordnung nicht nur ihrem Inhalt nach, sondern auch formell von ihr auch nicht im Geringsten verletzt wurde. Das ist umsomehr anzuerkennen, als die Geschäftsordnung des deutschen Reichstags mehr Schwierigkeiten zur Durchführung einer Obstruktion bietet, als jene anderer Parlamente. Die Redeguillotine braucht hier nicht erst eingeführt zu werden, sie ist schon da: der Antrag auf Schluß der Debatte wird ohne jedes pro und contra zur Abstimmung gebracht, ferner kann dem Redner das Wort entzogen werden und zwar nach einfacher Verwarnung und einem — debattelos — erfolgenden Majoritätsvotum. So bleiben denn als Kampfmittel der eigentlichen Obstruktion nur Abänderungsanträge und namentliche Abstimmungen. Allein die erwähnten Anträge müssen „mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung“ stehen, und ob das der Fall, darüber entscheidet der — Präsident. Trotz dieser feinmaschigen Schlingen der Geschäftsordnung focht unsere Fraktion den Kampf durch bis zum Siege. Man ersieht übrigens daraus auch, welche freche Anmaßung dazu gehört, wenn einzelne Organe des Zentrums und der Konservativen jetzt eine Verschärfung der Geschäftsordnung fordern. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß die Majorität auch jetzt schließlich denn doch ihren Willen würde durchsetzen können, wenn sie intakt geblieben wäre. Aber das war sie nicht und konnte sie nicht sein angesichts des Drucks der öffentlichen Meinung. Und das ist es, worauf es ankommt.

Die Obstruktion, die nichts wäre, als einfacher Muthwillen einer Minorität, würde sich kaum etliche Tage halten können. Ohne Anklang in der Oeffentlichkeit würde sie sich aufreiben, in sich selbst ebenso zusammenbrechen, wie jetzt die Majorität unter dem Ansturm der Obstruktion. Auch dieser parlamentarische Kampf wird in Wirklichkeit nicht im Sitzungssaale des Parlaments, sondern außerhalb des Hauses ausgetragen. Nur wenn die Minderheit des Parlaments im Volke einen größeren Anklang findet, als die Majorität, kann sie dieser trotzen. Und darum ist es lächerlich, in dem Sieg der Obstruktion eine Vergewaltigung der Majorität erblicken zu wollen. Im Gegentheil, eine erfolgreiche Obstruktion ist die Abwehr einer Vergewaltigung, sie verhindert, daß dem Volke von der gelegentlichen Parlamentsmajorität und der Regierung Gesetze aufgebunden werden, die in ihm den geringsten Anklang finden. Die Obstruktion ist nicht undemokratisch, im Gegentheil, sie wahrt das demokratische Prinzip gegenüber einer Mehrheit, die, vergessend, daß sie blos den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen hat, sich als unbeschränkte Herrscherin gebärdet und dem Volke ihren eigenen Willen zum Gesetz machen will. Die ganze Macht und Kraft der Obstruktion gründet in dem Widerspruch zwischen der parlamentarischen Volksvertretung und dem Volk, wie es durch die politische Oeffentlichkeit vertreten wird.

Darum ist denn auch die Obstruktion erst in Oesterreich entstanden, einem Lande, dessen Parlament stets im Konflikt mit breiten Volksschichten sich befindet. Der österreichische Reichsrath, dieser Hohn und Spott auf eine Volksvertretung, hat es seiner Unpopularität zu verdanken, daß in ihm jede Obstruktion möglich ist, jede einen weiten Anklang im Volke findet: die der Deutschen wie die der Tschechen, die Obstruktion der Dauerreden wie die Obstruktion der Pultdeckel. An dieser brutalen Interessenvertretung, unter Zurücksetzung des arbeitenden Volkes, hat Jeder seine Schadenfreude, wenn es schief geht. Wie kam aber die Obstruktion nach Deutschland?

Das Aufkommen der Obstruktion in Deutschland ist ein Beweis für den zufälligen Charakter der Reichstagsmajorität. Ich meine damit nicht nur, daß eine Majorität erst durch ein Zusammengehen von Zentrum und anderen Parteien, diesmal den Konservativen, gebildet wird, sondern daß die Zusammensetzung des Reichstags selbst kein getreues Bild der Volksstimmung ist. Die Partei mit der größten Wählerzahl hat bei weitem nicht die größte Vertreterzahl. Vor Allem aber besteht ein sich stets erweiternder Zwiespalt zwischen den bürgerlichen Parteien und ihrer Wählerschaft. Die Wähler des Zentrums wählen aus Tradition, aus Trägheitsmomenten, aus Unverstand, aus Nöthigung, und nur zum geringsten Theil, weil sie mit der gegenwärtigen Politik des Zentrums einverstanden sind. Neben der fortschreitenden Vereinigung der Arbeiter zur selbständigen sozialistischen Partei ist diese Auflösung des idealen Zusammenhangs zwischen den bürgerlichen Parteien und ihrer Wählerschaft das wichtigste Merkmal der politischen Zersetzung. Es wäre gewiß zu weitgehend, wollte man behaupten, das Zentrum habe in seinem Kampf gegen die Kunst eine bedeutende Opposition in seinen eigenen Reihen gefunden — diese ganze Bewegung ging überhaupt nicht sehr tief, die Wogen schäumten nur hoch auf — aber es fand auch keine Anhängerschaft, die Masse seiner Wähler blieb stumpf und kühl, währenddem andererseits sich eine Kluft offenbarte zwischen den bürgerlichen Parteien überhaupt und ihren eigenen Intellektuellen. Es zeigte sich, daß Kunst, Litteratur und Wissenschaft auf keine andere Gesellschaftsklasse mehr sich stützen können, als nur auf das Proletariat. Das Zentrum ist zu sehr staatserhaltende Partei, um nicht zu erkennen, wie gefährlich es sei, diesen Gegensatz weiterzutreiben. Gab doch das Bürgerthum stets vor, die Interessen der Kultur wahrzunehmen, indem es das wirthschaftliche und politische Emporkommen der Arbeiterklasse hindert. Mit dem Märchen von dem Arbeiter, der als Barbar seine Herrschaft damit beginnt, die Kunstwerke zu zerstören und die Museen zum Boden zu schleifen, ist es nun vorbei. Die Rollen haben gewechselt: das Proletariat mußte in die Schranken treten, um das freie künstlerische Schaffen vor den Kunstbarbaren zu schützen. Und wäre das Zentrum nicht im letzten Augenblick zurückgetreten, wären die berüchtigten Bestimmungen der lex Heinze Gesetz geworden, so würde sich die Kluft zwischen der bürgerlichen Kultur und der Politik der bürgerlichen Parteien rasch erweitern und die besten Elemente der Kunst, Litteratur und Wissenschaft wären der Sozialdemokratie förmlich zugetrieben.

Der Schreiber dieser Zeilen gehört nicht zu denjenigen, die einen besonderen Werth legen auf die politische Bethätigung der Künstler und Belletristen; er weiß, daß die Sympathien für die Sozialdemokratie, die soeben noch aufgelodert waren, sich bei den meisten ebenso schnell verflüchtigen werden, es ist ihm auch durchaus nicht entgangen, daß die Goethebund-Bewegung in ihrer letzten Phase sogar bis zu einem gewissen Grade hoffähig geworden war — es ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Rückzug des Zentrums auf einen Wink seitens der Regierung erfolgt war — aber der spontane Ausbruch der Opposition der Intellektuellen unter Anschluß an die Sozialdemokraten bleibt ein politisches Wetterleuchten. Die erfolgreich durchgeführte Obstruktion hat gezeigt, daß sich viel Gährung und Mißstimmung in den rein bürgerlichen Kreisen angesammelt hat, und sie wirkte als Agitationsmittel für die Sozialdemokratie — als allgemeines Agitationsmittel, indem sie das Ansehen der Partei gehoben hat, und als spezielles Agitationsmittel, indem sie vielleicht diesen oder jenen von den jungen Künstlern veranlaßt hat, über den Zusammenhang zwischen Politik und Kultur nachzudenken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsdiäten und Reichstagswahlrecht. Der „Berl. Lokalanz.“ schreibt:

„In Bundesrathskreisen schweben zur Zeit Erwägungen wegen Gewährung von Tagegeldern an die Reichstagsabgeordneten. Bisher scheiterte das darauf bezügliche Verlangen des Reichstages an der Forderung der Regierung nach gleichzeitiger Aenderung des Reichstagswahlrechts, worauf der Reichstag nicht eingehen wollte. Jetzt beschränkt sich die Forderung der Regierung auf eine Aenderung des Artikels 25 der Reichsverfassung, wonach im Falle der Auflösung des Reichstages innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler, und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden müssen. Das Verlangen der Regierung soll jetzt dahin gehen, daß 14 Tage nach Auflösung des Reichstages bezw. nach Schluß der Legislaturperiode Neuwahlen stattzufinden hätten. Damit würde die Wahlagitation beschränkt werden. An eine Vorlage in dieser Session ist selbstverständlich nicht mehr zu denken, jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag im Winter sich mit dieser Frage zu befassen haben wird. Jedenfalls ist die Frage wegen der Gewährung von Tagegeldern an die Reichstagsabgeordneten vielleicht infolge der Obstruktion aus Anlaß der lex Heinze in Fluß gerathen und dürfte nun nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.“

Die Meldung klingt sehr unwahrscheinlich. So rasch geht dergleichen hier zu Lande nicht.

Die Wahlschlacht in Nürnberg ist, so schreibt man von dort, geschlagen und hat mit einem Siege der Sozialdemokratie geendet. Der Wahlkampf gestaltete sich in den letzten Tagen noch sehr lebhaft, da die vereinigten Gegner richtig noch den „Fall Oertel“ herbeigezogen und ganze Kübel voll schmutziger Verdächtigungen über die Leiter der Nürnberger sozialistischen Bewegung auszuleeren begannen. Ja, man entblödete sich sogar nicht, auch den Kandidaten Dr. Südekum in die Sache zu verwickeln und frischweg zu behaupten, er sei es gewesen, der „im letzten Grunde den unglücklichen Chef in Verzweiflung, Wahnsinn und Tod getrieben, weil er den „Obergenossen“ Berechnungen und Material zur Enteignung geliefert habe.“ Diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung wurde sofort gebührend zurückgewiesen, von den Gegnern aber trotzdem wiederholt. Mit solchen übischen Verdächtigungen glaubte man die sozialdemokratischen Wähler irreführen zu können, weil man anständige Kampfmittel nicht anwenden mochte und es den auf so unnatürliche Weise zusammengekommenen Bundesbrüdern an sachlichen Gründen die sie gegen eine Bewegung wie die sozialdemokratische hätten vorführen können, vollständig gebrach. Aber alle Bemühungen sind kläglich gescheitert, Nürnberg ist eine sozialdemokratische Hochburg geblieben, trotz aller Verdächtigungen der Gegner, dank der oft bewährten Ueberzeugungstreue und Disziplin der Genossen. In den Centralsälen, wo am Sonnabend die Wahlresultate verkündet wurden, hatte sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge versammelt, die die Verkündigung des Sieges mit brausendem Jubel aufnahm. Auch unser alter Liebknecht, der am Tage vorher in einer Wählerversammlung gesprochen, war anwesend und hielt eine begeisternde Ansprache, in der er unsern Sieg feierte und den Nürnberger Genossen seinen Dank aussprach, die sich um die Partei verdient gemacht hätten. Der neugewählte Abgeordnete Dr. Südekum ergriff, von stürmischen Hochrufen empfangen, ebenfalls das Wort, um für das in ihn gesetzte Vertrauen zu danken, dessen er sich würdig erweisen werde.

Die Novelle zur Gewerbeordnung. Das nunmehr vom Reichstage verabschiedete Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, ist bekanntlich für die Inhaber offener Ladengeschäfte von größter Bedeutung, weshalb es angezeigt erscheint, die neuen, in dieser Hinsicht getroffenen Gesetzesbestimmungen zusammenzustellen. Da ist zunächst ein neuer § 41 b, wonach auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Geschäftsinhaber für eine Gemeinde bestimmt werden darf, daß in Barbier- und Friseurgeschäften an Sonn- und Festtagen ein Geschäftsbetrieb nur so weit stattfinden darf, als eine Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen gestattet ist. Weiter kommt in Betracht der in folgender abgeänderten Form beschlossene § 139 c: In offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörenden Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen ist den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern auch

Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren. In Gemeinden, die nach der jeweilig letzten Volkszählung mehr als 5000 Einwohner haben, muß die Ruhezeit für offene Verkaufsstellen, in denen zwei oder mehr Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt werden, mindestens elf Stunden betragen. Für kleinere Ortschaften kann diese Ruhezeit durch Ortsstatut eingeführt werden. Innerhalb der Arbeitszeit muß den Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern eine angemessene Mittagspause gewährt werden. Für Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des die Verkaufsstelle enthaltenden Gebäudes einnehmen, muß diese Pause mindestens ein und eine halbe Stunde betragen.

Nach § 139 d finden die erwähnten Bestimmungen des § 139 c keine Anwendung 1. auf Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Waaren, 2. für die Aufnahme der gesetzlich vorgeschriebenen Inventur sowie bei Neueinrichtungen und Umzügen, 3. außerdem an jährlich höchstens dreißig von der Ortspolizeibehörde allgemein oder für einzelne Geschäftszweige zu bestimmenden Tagen.

§ 139 e bestimmt: Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der betheiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Gemeindebehörden für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß während bestimmter Stunden in der Zeit zwischen acht Uhr Abend und sechs Uhr Morgens oder in der Zeit zwischen neun Uhr Abends und sieben Uhr Morgens für bestimmte Zeiträume oder für das ganze Jahr die Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Die Bestimmungen der §§ 139 a und 139 d werden hierdurch nicht berührt. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der betheiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde die betheiligten Geschäftsinhaber zu einer Aeußerung für oder gegen die Einführung des Ladenschlusses aufzufordern. Erklären sich zwei Drittel der Abstimmenden für die Einführung, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die entsprechende Anordnung treffen. Während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waaren der in ihnen geführten Art sowie das Feilbieten von solchen Waaren in anderen Verkaufsstellen und auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus im stehenden Gewerbebetriebe sowie im Gewerbebetrieb im Umherziehen verboten. Ausnahmen können von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden.

Sodann schreibt § 139 ee vor: Von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens müssen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschluß im Laden schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden. Ueber 9 Uhr Abends dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein 1. für unvorhergesehe Nothfälle, 2. an höchstens 40 von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen, jedoch bis spätestens 10 Uhr Abends, 3. nach näherer Bestimmung der höheren Verwaltungsbehörde für ländliche Gemeinden, in denen der Geschäftsverkehr sich in der Hauptsache auf einzelne Tage der Woche oder auf einzelne Stunden des Tages beschränkt. Die Bestimmungen der §§ 139 c und 139 d wurden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Endlich bestimmt § 139 hh: Für jede offene Verkaufsstelle, in der in der Regel 20 Gehülfen und Lehrlinge beschäftigt werden, ist innerhalb 4 Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach der Eröffnung des Betriebes eine Arbeitsordnung zu erlassen, auf die die Vorschriften der Gewerbeordnung entsprechende Anwendung finden. Andere als die in der Arbeitsordnung oder in den §§ 71 und 72 des Handelsgesetzbuches vorgesehene Gründe der Entlassung und des Austritts aus der Arbeit dürfen im Arbeitsvertrage nicht vereinbart werden. Die verhängten Geldstrafen sind in ein Verzeichniß einzutragen, das den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung sowie den Grund und die Höhe der Strafe ergeben muß und auf Erfordern der Ortspolizeibehörde jederzeit zur Einsicht vorzulegen ist.

Alle diese Vorschriften treten am 1. Oktober d. J. in Kraft, falls der Bundesrath zustimmt.

Neue Gründungen. Den Londoner „Daily Expreß" zufolge sind in Deutsch-Südwestafrika Gold, Silber, Kupfer und Bleierze in großer Menge ungefähr 400 englischen Meilen landeinwärts von der Walfischbai gefunden worden. Die englisch-deutsche Westafrika-Gesellschaft, zu der Rhodes, Wernher Beit und andere Notabilitäten gehören, will 100 000 Pfd. Sterling ausgeben, um festzustellen, ob die Erze in genügender Menge vorhanden sind, so daß sich die völlige Ausbeutung lohnt. Sollte dies der Fall sein, so würde für 2 Millionen Pfund Sterling eine Eisenbahn von der Walfischbai dorthin gebaut werden und eine gleiche Summe würde für Minen daselbst verausgabt werden. Mitte Juni wird aus England eine Expedition nach dem betreffenden Gebiete in Deutsch-Südwestafrika abgehen. An der Spitze der Expedition steht Christopher James Swansea, ein Minen-Ingenieur, der in Kalifornien und Mexiko Erfahrungen gesammelt hat. Ein Arzt, einige Mechaniker und eine Abtheilung Bergarbeiter aus Cornwall werden sich der Expedition anschließen. — Wie es scheint, verharrt der deutsche Kaufmann noch im „Studium der Erwägungen", während sich der englische hastig anschickt, den Rahm von der Milch zu schöpfen. (Soeben lesen wir, daß die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg." die reichen Funde dementirt. Red.)

Ueber die Krawalle in Stolp schreibt ein gut konservatives Blatt, die „Zeitung für Hinterpommern":

„In der Bürgerschaft herrscht allgemein die Ansicht, daß das Einschreiten des Militärs unnöthig war. Gegen ½10 Uhr begannen die Straßen sich schon zu leeren, um so erstaunter war man, als noch das Militär alarmirt wurde und auf dem Platze erschien. Bei der Räumung der Straßen sind, weil die blanke Waffe gebraucht und scharf eingehauen wurde, nicht unbedeutende Verwundungen vorgekommen, und eine ganze Anzahl ganz unschuldiger Leute, selbst solche, die auf Umwegen durch stille Straßen heimgingen, sind getroffen worden. Solche Mißgriffe sollten vermieden werden, sie steigern nur die Erbitterung und es könnte aus diesem augenblicklich vollständig unbedeutenden Anlaß allmählich ein wirklicher Krawall entstehen."

Wenn selbst unbedeutig konservative Blätter von einem unnöthigen Einschreiten des Militärs und von Erbitterung sprechen, muß es in Stolp allerdings zu haarsträubenden Szenen gekommen sein. Und wer hat abermals fühlen müssen, daß „der Säbel haut"? Ruhige Bürger, die abseits vom Getümmel ihres Weges gingen. Was möglich ist, wird wahrhaftig gethan, um das hübsche Wort Friedrich Wilhelms I.: „Wollt Ihr mich nicht lieben, so sollt Ihr mich fürchten!" zum Wahrspruch des deutschen Militarismus zu machen.

Ein Reinfall des Herrn Roeren. Dieser Tage kam vor dem Landgericht in Hagen eine Strafverhandlung vor, in der Herr Oberlandesgerichtsrath Roeren eine nicht sehr glückliche Rolle spielte. Die Buchdruckereibesitzer Frielinghaus und Möbius zu Hagen hatten von einer Koburger Firma Postkarten bezogen und dann weiter verbreitet, auf denen der „Sklavenmarkt im Orient" (nach dem Pariser Gemälde) und „Jupiter und Antipode" abgebildet waren. Der Wirth eines Kölner Restaurants legte die Karten mehreren Juristen vor, die meinten, daß es sich um Reproduktionen nach bekannten Kunstwerken handle. Herr Roeren, dem auch die Karten vorgelegt wurden, muß wohl anders gedacht haben, denn er veranlaßte die Strafverfolgung der Verbreiter, da er an den Bildern Anstoß nahm. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Koburger Firma die Karten anstandslos verbreitet und ferner, daß es sich thatsächlich um Reproduktionen bekannter Gemälde handelt. Es erfolgte hierauf die Freisprechung der Angeklagten von der Anklage der Verbreitung unzüchtiger Bilder. (Nach dem Kunstparagraphen der lex Heinze wäre die Verurtheilung wahrscheinlich gewesen).

Kleine politische Nachrichten. Das Resultat der Nürnbergee Reichstagsersatzwahl gestaltet sich, nachdem nur noch ein kleiner ländlicher Ort ohne Bedeutung aussteht, wie folgt: Abgegebene Stimmen: 38 034. Davon erhielt Gen. Dr. Südekum 22 039, Fabrikbesitzer Seiler (Lib.) 14 461, Dr. Heim (Z.) 1136, der konservative Kandidat mit Einschluß der zersplitterten Stimmen 398. Die Zahl der Wahlberechtigten beträgt rund 65 000, so daß nur 58½ pZt. zur Wahl schritten, gegen 66½ pZt. bei der letzten Wahl. Die Zahlen des amtlich festgestellten Resultats in der Stadt Nürnberg sind folgende: Dr. Südekum 21 361, Seiler 13 241, Dr. Heim 1132, zersplittert oder auf den konservativen Kandidaten gefallen waren 101 Stimmen. — In Offenburg-Kehl ist nach dem amtlichen Wahlergebniß bei der Reichstagsersatzwahl an Stelle des verstorbenen Zentrumsabgeordneten Reichert der Zentrumskandidat Bürgermeister Schüler mit 9534 gegen 9069 nationalliberale Stimmen gewählt worden. — Zur Reichstagsersatzwahl in Waldenburg liegt folgende Meldung vor: Die konservativen Parteien, die Nationalliberalen, das Zentrum und der Bund der Landwirthe haben den freikonservativen Generaldirektor des Fürsten Pleß, Dr. Ritter, als Kandidaten aufgestellt und schmeicheln sich, wie der „Schlesischen Volksztg." geschrieben wird, mit der Hoffnung, daß auch noch die Freunde der Freisinnigen Vereinigung für diesen konservativen Herrn eintreten werden. Kandidat der Freisinnigen Volkspartei ist ebenso wie bei den Wahlen von 1898 Justizrath Feige in Breslau. Für unsere Partei kandidirt bekanntlich Genosse Sachse wieder. — Seid fruchtbar und mehret Euch — für die Flotte. Einen „tiefempfundenen" Appel richtete der „sturm"erprobte Kommandant der rheinischen Reklame-Flotte in Dürkheim an die Damen. Nach einem bürgerlichen Bericht wußte er in chevaleresker Höflichkeit auch den Damen einen „echt weiblichen" Wirkungskreis für die erhabene Aufgabe der Flottenvermehrung zuzuweisen, indem er also sprach: „. . . Wir sind gerade dabei, die Marine zu vergrößern, und wir gebrauchen dazu viele Leute. Wenn ich jedoch die große Zahl von Dürkheimern sehe, so brauchen wir nicht zu verzagen, wir werden gute, tüchtige Matrosen aus Dürkheim bekommen. Ich sehe hier aber noch viel mehr; ich sehe eine Unmenge Damen. Damen sind für die Vergrößerung der Marine noch viel wichtiger. Ich schätze mich glücklich, den Dürkheimern meinen tief empfundenen Dank zum Ausdruck bringen zu können." Die Damen sollen von dem charmanten Herrn Kapitänleutnant ganz hingerissen gewesen sein. — In Konitz herrschte Dienstag eine fürchterliche Aufregung. Der (christliche) Fleischermeister Hoffmann nebst Tochter sind wegen dringenden Verdachts verhaftet worden. Der ermordete Winter soll mit der Tochter geschlechtlich verkehrt haben und vom Vater dabei überrascht worden sein. Hoffmann soll Winter erschlagen und die Leiche beseitigt haben. Die Tochter bestreitet Alles. — Das Wiener liberale Bürgerthum hat nicht einmal die Kraft gehabt, sich in dem ersten Wahlkörper, seiner bisherigen Domäne, zu behaupten. Am Montag wurden im ersten Wahlkörper 14 fortschrittliche und 7 christlich-soziale Kandidaten gewählt; eine Stichwahl ist nöthig. Die Liberalen verloren sieben Mandate. — Ueber die russischen Gouvernements Kiew (Podolien) und Charkow (Volhynien) ist der kleine Belagerungszustand proklamirt worden. Ein Grund, weshalb er verfügt wurde, wird nicht angegeben. — Der Belgrader Kassationshof hob das Urtheil über den Exminister Tauschanowitsch auf und wies die Sache zur neuen Verhandlung an den Appelhof zurück. Er erblickt in Tauschanowitsch's Vorgehen nicht eine Fälschung, sondern lediglich nur einen Mißbrauch der Akten. — Die drei Anarchisten Frigerio, Held und Bertoin, gegen welche die Eidgenossenschaft wegen Herausgabe und Verbreitung des sogenannten „Almanaco Socialista-Anarchico pro 1900" Klage erhoben hatte, wurden nach zweitägiger Verhandlung vom Bundesstrafgericht in Lausanne ohne Zubilligung einer Entschädigung freigesprochen und die Kosten der Eidgenossenschaft zur Last gelegt. — Zum norwegisch-schwedischen Konflikt nahm am Montag das Storthing mit 78 gegen 35 Stimmen den Vorschlag an, die Regierung zu ersuchen, im Amte zu verbleiben. Der Ministerpräsident erklärte, er könne nichts versprechen; er werde es in Erwägung ziehen. — Ein französisch-marokkanischer Konflikt ernster Art ist die Folge des Vorgehens Frankreichs im Süden von Marokko. In London sind Nachrichten aus Tanger eingelaufen, wonach 4000 Mann Reiterei von Fes nach der Tafilet-Oase abgegangen sind, um dort den französischen Vorstoß aufzuhalten. Einer ferneren Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Fez zufolge sind die Marokkaner sehr erregt. Der heilige Krieg wird gegen die Franzosen überall gepredigt. — Eine Meldung der „Agence Havas" aus Caracas besagt: Der „Rebellengeneral" Hernandez wurde gefangen genommen. — In St. Louis (Vereinigte Staaten) wurde ein Straßenbahnwagen mit Dynamit in die Luft gesprengt. Zwei Bedienstete wurden schwer verletzt.

Belgien.

Von den Wahlen. Nach dem amtlichen Ergebniß wurden gewählt: 85 Klerikale, 1 christlicher Demokrat, 33 Sozialisten sowie 33 Liberale beider Schattirungen. Die Klerikalen verfügen also immer noch über eine Majorität von 18 Stimmen. Albert Giraud nennt in der „Etoile belge" die neue Kammer die „Götterdämmerung des Klerikalismus". Er ebenso wie andere liberale Blätter betonen, daß die klerikale Regierung schon jetzt gestürzt worden wäre, wenn in stark katholischen Wahlkreisen die Liberalen unter sich einig gewesen und mit den Sozialisten gemeinsam vorgegangen wären. Unter den wiedergewählten Deputirten befinden sich der frühere Kammerpräsident Beernaert, der frühere Minister Woeste und die Genossen Defsuisseaux und Demblon.

Zum Senat wurden nach offiziösen Mittheilungen 43 Katholiken, 25 Liberale, 8 Sozialisten gewählt; bisher gehörte nur 1 Sozialist diesem Parlament an. Also auch hier sind die Wahlen für unsere Partei außerordentlich günstig ausgefallen. — Die Kammer tritt am 3. Juli zusammen.

Frankreich.

Zola hat an den Senat ein offenes Schreiben gerichtet, in dem er in scharfen Worten gegen die Amnestie-Vorlage protestirt und erklärt, der Senat werde durch Annahme des Gesetzentwurfes einen Verrath am Volke begehen.

Ueber die Kammersitzung vom Montag, in der die bereits unzählige Male für beendigt erklärte Dreyfusaffaire von Neuem zur Sprache kam, meldet man nach dem „Hamb. Frdbl.", daß sie beispiellos heftig und tumultuarisch war. Sie endigte aber wie der Sturm im Glase Wasser. Das Vertrauensvotum für die Regierung ergab immer noch eine Mehrheit von 47 Stimmen, denn Jeder fürchtet sich, die Nachfolge des Kabinetts Waldeck-Rousseau anzutreten. Die Sensation des Tages war das plötzliche Verschwinden des Ministers Gallifet, als Waldeck von der „Felonie" (Verbrechen) des Offiziers Fritsch sprach. Die Gegner hielten das Verschwinden Gallifets, (das mit Krankheit begründet wurde), für eine Kritik der Rede des Ministerpräsidenten und hofften eine partielle Krisis herbeiführen zu können. Die Boulevards waren bis spät in die Nacht äußerst belebt, die Zeitungen brachten Extraausgaben. Die regierungsfreundlichen Morgenblätter greifen den Kammerpräsidenten Deschanel wegen parteiischer Leitung der Sitzung an, die nationalistische Presse beschuldigt die Regierung der Doppelzüngigkeit. Die Situation ist bedenklich, man fürchtet einen neuen Sturm der Gegner.

Nach einer Wolffschen Depesche sollen mehrere republikanische Deputirte deshalb beabsichtigen, dem Kammerpräsidenten eine Resolution vorzulegen, nach welcher die Kammer bis nach Beendigung der Weltausstellung vertagt wird. Die regierungsfreundlichen Blätter erklären mit Genugthuung: die beispiellosen Sturmszenen hätten gezeigt, daß in der Kammer eine unerschütterliche (??) republikanische Mehrheit vorhanden sei, die sich weder durch parlamentarische Manöver, noch durch leidenschaftliche Lärmszenen einschüchtern lasse. Die nationalistischen Organe sagen, die Kammer habe durch die Abstimmung am Montag ihr vor acht Tagen abgegebenes Votum annullirt; sie habe der Regierung gestattet, die Desorganisation der Armee fortzusetzen und die Dreyfus-Angelegenheit wieder aufzunehmen. Das „Echo de Paris" verzeichnet das Gerücht von der bevorstehenden Demission Gallifet's und erklärt, daß als Nachfolger Gallifet's General Andree in Aussicht genommen sei. Auch die halbamtliche „Agence Havas" läßt sich zu folgender Meldung herbei: In den Wandelgängen der Kammer wird bestätigt, die Demission des Kriegsministers Gallifet sei unwiderruflich, da (angeblich) sein Gesundheitszustand ihm nicht gestatte, das Portefeuille länger zu behalten. General Andree wird fortdauernd als sein Nachfolger genannt.

Italien.

Der Wahlkampf in Italien wird von den Reaktionären mit einem gewaltigen Aufwand an Kraft und — Geld geführt. Sogar der König selbst, welcher sonst durchaus nicht freigebig ist und große Erbitterung im Volke dadurch erregt, daß er seine Zivilliste nicht in dem minderwerthigen Staats-Papiergeld entgegennimmt, hat in die Tasche gegriffen und eine Million für die Wahlkosten der reaktionären Partei beigetragen. Die Präfekten arbeiten mit Hochdruck, um regierungsfreundliche Wahlen zu Stande zu bringen, und die Konfiskation oppositioneller Zeitungen, wie die Unterschlagung von Depeschen ist auf der Tagesordnung. Dennoch hat grade die entschiedenste Oppositionspartei begründete Aussicht auf gute Erfolge. Die Sozialisten hoffen bestimmt auf einen Zuwachs von mindestens fünf Sitzen zu den jetzigen 16. Das sind die Wahlkreise Alessandria (Prof. Zerboglio), Turin III (Claudio Teves), Montachio (Borciani, Bürgermeister von Reggio Emilia), Vignale (Advokat Vigna) und Gavirate (Professor Pullè). Alle unsere bisherigen Deputirten haben die fast sichere Aussicht, wiedergewählt zu werden. Der erbittetste Kampf wird der gegen Bissolati sein, der in Pascarolo aufgestellt ist, ferner wird der Wahlkampf in Guastalla, Florenz und Ostiglia, wo Sichel, Pascetti und Gatti kandidiren, für unsere Partei sehr hart werden. Dagegen haben Turati, Cicotti und Badaloni gar keine Gegenkandidaten. Bemerkenswerth ist, daß die Klerikalen, welche sich bisher auf päpstliche Anordnung an den politischen Wahlen nicht betheiligten, wenigstens in Norditalien, wo die Sozialisten, Republikaner und Radikalen ihren Hauptsitz haben, nunmehr ganz offen mit den Konservativ-Liberalen gemeinschaftliche Sache machen.

Montenegro.

Auffallende Verhaftungen. Wie der „Frankf. Ztg." von angeblich gut unterrichteter Seite mitgetheilt wird, haben in der letzten Zeit in aller Stille in Cetinje, der Hauptstadt Montenegros, Aufsehen erregende Verhaftungen stattgefunden und zwar wurden folgende Persönlichkeiten ins Gefängniß geworfen: 1. Milowan Diakowitsch, gewesener Kreispräfekt und Gerichtspräsident in Podgoritza; 2. Janko Karadschitsch, Bataillonskommandant; 3. Georg Baschowitsch, Bezirksvorstand aus Drobuja; 4. Peter Simonisch, Bezirksvorstand aus Schoran; 5. Ilija Bojowitsch, Oberleutnant aus Zupa; 6. Stewa Spadier, Gardekapitän aus Cetinje; 7. Marko Spadier, Brigade-Adjunkt; 8. Jole Spadier, Gardeoffizier (Perjanik); 9. Buko Bukowitsch, Gardist; 10. Isailo Lomitsch, Feldwebel

Alle Verhafteten werden feindseliger Gesinnungen gegen den Fürsten beschuldigt und von Einzelnen wird behauptet, daß sie in Serbien Zuflucht gesucht haben. Thatsächlich sind einige der genannten Personen in Belgrad gewesen, so auch der frühere Kreispräfekt Milowan Djakowitsch, doch wurden sie, da sie ihre feindselige Gesinnung gegen den Fürsten allzu offen zur Schau trugen, mit ihrem Begehren um Aufnahme in den Staatsdienst schroff abgewiesen.

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Das Kriegsdrama in Südafrika nähert sich mit Riesenschritten seinem Ende. Lord Roberts war am Montag nur noch einen Tagemarsch von Johannesburg entfernt und ist, nach seiner Meldung, Dienstag Nachmittag bereits in Germiston, einer Vorstadt von Johannesburg, angekommen. Er hat den Knotenpunkt der Eisenbahn von Johannesburg nach Pretoria und Natal besetzt. Der britische Oberbefehlshaber gedenkt am heutigen Tage in Johannesburg einzuziehen und erwartet keinen Widerstand. Auch im Norden Transvaals rücken die Engländer, nachdem Mafeking entsetzt ist, nach dem Innern vor. Nach einer „Reuter"-Meldung aus Pretoria vom Montag besetzten die Engländer am Montag Vormittag Zeerust. Eine starke Streitmacht marschirt auf Lichtenburg.

Ueber den Vormarsch der Roberts'schen Armee meldete Lord Roberts vom Montag vom Klip-River Folgendes:

Wir marschirten heute 20 Meilen und sind jetzt 18 Meilen von Johannesburg entfernt. Der Feind hatte verschiedene Vertheidigungsstellungen vorbereitet, gab dieselben jedoch, eine nach der anderen, bei unserer Annäherung auf. Wir bedrängten ihn derart, daß er nur Zeit hatte, seine 5 Geschütze zu verladen und von der hiesigen Station abzufahren, als auch schon Mannschaften der west-australischen berittenen Infanterie in den Ort eindrangen. Die Truppen der Generale French und Hamilton sind anscheinend etwa 10 Meilen von unserer Flanke entfernt in ein Gefecht mit dem Feinde verwickelt, da seit Mittag Geschütz- und Gewehrfeuer zu hören ist.

Am Montag verlautete in Kapstadt gerüchtweise, General French habe die Verbindungen der Buren zwischen Heidelberg und Boksburg, wenige Meilen von Johannesburg, abgeschnitten.

Der Oranje-Freistaat ist, wie man aus Kapstadt meldet, Montag formell annektirt worden.

Angesichts einer so kritischen Lage ist es wohl glaublich, was englische Blätter über die Geneigtheit der leitenden Burenkreise zum Friedensschluß melden. So melden die Londoner „Daily News" aus Lourenzo Marquez vom Montag: General Botha ist in Pretoria eingetroffen, um mit dem Präsidenten Krüger über Friedensverhandlungen zu berathen. Die „Times" berichten ebenfalls vom Montag aus Lourenzo Marquez: General Botha berieth vor einigen Tagen mit der Regierung in Pretoria und rieth nachdrücklich zur Kapitulation. Präsident Steijn ist gleichfalls für den Frieden; nur Präsident Krüger ist für Fortführung des Krieges; in Pretoria ist jedoch das Gefühl vorherrschend, daß die Friedenspartei jeden Augenblick die Oberhand gewinnen könne. Die Situation in Pretoria schildert ein Korrespondent der „Daily Mail", der sich verkleidet nach Pretoria eingeschlichen haben will, folgendermaßen: Ueberall herrscht Panik und Verwirrung. In einiger Entfernung von Pretoria steht ein Zug mit geheizter Lokomotive, um den Präsidenten Krüger nach der Küste zu bringen, von wo er sich wahrscheinlich nach Holland begeben wird; bereits sind nach Holland 36 Kisten mit Gold, jede 6500 Pf. St. enthaltend, abgegangen. Im Schatze ist kein Gold mehr, sondern nur Banknoten, die werthlos sind. Sobald Marschall Roberts in Pretoria einrückt, werde der Sitz der Regierung zuerst nach Waterval-bouven, dann nach Lydenburg verlegt. Es sind keine sichtbaren Vorbereitungen zur Vertheidigung von Johannesburg und Pretoria getroffen worden. Die Eisenbahn ist überfüllt mit Burenflüchtlingen, die die Burenregierung vergeblich zu überzeugen bemüht, daß, wenn sie an Ort und Stelle bleiben, ihr Eigenthum weniger durch die Engländer gefährdet ist, als wenn sie fliehen. Die Frage der Sprengung der Goldminen wird lebhaft debattirt. Der neuernannte Staatsmineningenieur Munik wurde privatim auf die persönliche Gefahr aufmerksam gemacht, der er sich aussetzt, wenn er die Minen sprengen läßt. Er erklärte, keinerlei Absicht dazu zu haben; das Gerücht sei nur ausgesprengt, um eine Intervention zu veranlassen. Andererseits besteht in allen Kreisen der Durst nach Rache an den Uitlandern, im Allgemeinen aber fühlt man, daß die Sache zu Ende ist, und fängt an, sich mit der Situation abzufinden. — Die Bewaartplatsen seien, — der Berichterstatter der „Daily Mail" will das aus bester Quelle erfahren haben, — ohne Zustimmung des Volksraads an ein französisches Syndikat verkauft worden, in der Hoffnung, Frankreich zum Einschreiten zu bewegen und dadurch England Verlegenheiten zu bereiten. „Daily Mail" hält bezüglich der letzten Angabe es jedoch für wahrscheinlicher, daß die französische Bank, die thatsächlich unter Leitung englischer Kapitalisten stehe, auf die Bewaarplatsen einen Vorschuß gegeben habe, so daß es die britische Regierung in der Hand habe, die Angelegenheit später zu regeln, ohne daß in irgend einem Falle ausländische Verwickelungen zu erwarten seien.

In London versichert man in militärischen Kreisen, sobald der letzte Akt des Krieges entschieden sei, was in drei Wochen zu erwarten stehe, werde unverzüglich der Theil des Heeres, der am längsten in Südafrika gestanden habe, nach England zurückgezogen werden, um die dort verfügbare Streitmacht zu verstärken. Gleichzeitig gehen im Laufe des nächsten Monats noch 11000 Mann als Ersatz nach Afrika ab, um die entstandenen Lücken auszufüllen.

Aus dem Burenlager wird nach einer „Reuter"-Meldung aus Pretoria vom Montag nachstehendes amtliches Kriegsbulletin veröffentlicht:

Britische Truppen haben am Sonnabend den Vaalfluß überschritten. General Lemmer hatte ein heftiges Gefecht am Klipriver. 5 Burghers wurden schwer verwundet, 2 gefangen genommen. Die Burghers fochten schwach an Zahl, auf englischer Seite standen etwa 5000 Mann. Gestern fand bei Vanwyksrust, 15 Meilen südlich von Johannesburg, ein Gefecht mit einer starken britischen Streitmacht statt, welche vom Klipriver aus durchgebrochen war.

Dieses amtliche Bulletin athmet bereits Hoffnungslosigkeit. Nach einer weiteren „Reuter"-Meldung aus Pretoria vom Montag sind auf Anordnung des Präsidenten der Sonntag, Montag und Dienstag im ganzen Lande als besondere Tage der Einkehr und Buße und des Gebets um Befreiung von der Unterjochung und um Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes begangen worden.

Das „B. T." meldet, daß Schalk-Burger den Freistaattruppen in Heilbron am 28. Mai freistellte, sich den Engländern zu ergeben. Von 8000 Mann traten nur 12 vor, die die Waffen niederzulegen wünschten.

China.

Der Aufstand der Boxer. Dem „Bureau Dalziel" wird aus Shanghai von Dienstag Vormittag gemeldet: Die Rebellion um Peking nimmt einen gefährlichen Umfang an. Die Boxer sind überzeugt davon, daß sie von der Kaiserin, den Prinzen Kangyi und Ching Tuan sowie der ganzen Manschu-Armee unterstützt werden. Ueberall im Norden werben sie zahllose Horden verzweifelter Leute an, welche die Fremden vertreiben sollen. Die Boxer nahmen und verbrannten die Eisenbahnstation Luko Chiao an der Luhan-Linie. Ein französischer Ingenieur wurde verwundet. Ein nach Pastinfu gehender Zug wurde angehalten, während alle Telegraphendrähte durchschnitten wurden. Später meldete derselbe Korrespondent: Man glaubt, Rußland werde von Port Arthur aus, wo es 20,000 Mann bereit hat, in Taku Truppen landen. Die Zerstörung der Luhan-Eisenbahn wird systematisch der südlichen Section entlang fortgesetzt. (Wie Reuter meldet, wurden bereits die Maschinenbauwerkstätten auf der Station in Fengtai von den Boxern niedergebrannt, wobei mehrere Personen ums Leben kamen.) Alle Bahnverbindung zwischen Peking, Tientsin und Pastinfu hat aufgehört. Dem Bureau Reuter wird dagegen aus Tientsin gemeldet, daß 200 chinesische Soldaten die Eisenbahn zwischen Tientsin und Peking wieder frei gemacht haben und der gewöhnliche Bahnverkehr wurde Mittags wieder aufgenommen. — Das Bureau Dalziel meldet ferner aus Shanghai, der russische Gesandte habe telegraphisch angeordnet, daß alle verfügbaren Kanonenboote nach Taku kommen sollten. Die Chinesen sollen große Massen Truppen über Land von Hunan und Kiangnan bringen. Yunglu, der Oberstkommandirende, weigert sich immer noch, das Kommando zu übernehmen, da er krank sei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 30. Mai 1900.

Achtung, Braunbierbrauer, Kutscher! Zuzug nach Lübeck ist fernzuhalten! Das Bureau befindet sich Böttcherstraße 18, bei Boysen.

An die
arbeitende Bevölkerung
Lübecks!

Ehrenpflicht jedes Arbeiters und jeder **Arbeiterin** ist es, die

Braunbierbrauerei-Arbeiter

moralisch zu unterstützen.

Streikpostenstehen keine Strafthat. Das Schöffengericht in Wiesbaden hatte dieser Tage eine Anzahl von Erdarbeitern wegen Streikpostenstehens vor sein Forum gezogen, doch wurden sämmtliche Angeklagten freigesprochen, weil eine Belästigung des Publikums nicht erfolgt sei.

Ueber die Bedeutung der Agitation für die Presse sagte Genosse Peus in einem Vortrage, den er kürzlich in Velbert hielt, etwa Folgendes: Die Presse sei das Mittel, das uns den Sieg bringt. Mit ihr bekämen wir jeden Tag ein Parlament, nicht aber durch das Parlament eine Presse. Nur ein lesendes Volk könne die Freiheit erringen. Die Fäuste thäten's nicht. Selbst die gegnerische Presse arbeite insofern für uns, als sie das Volk im Lesen fördere. Ohne die Presse würde das Volk, das das Lesen bis zum 14. Jahre gelernt habe, bis zum 30. Jahre zumeist vergessen. Er habe den Anhaltischen Genossen am 18. Oktober 1897 zugerufen, sie sollten eine revolutionäre That ersten Ranges dadurch leisten, daß sie die 1300 Abonnenten in Dessau in 2000 und die 3000 in Anhalt in 5000 verwandelten. Die revolutionäre That sei vollbracht worden, heute seien es 2700 in Dessau bei 4100 Wählern und 7500 in ganz Anhalt. Nur durch die Einheit der Köpfe, nur durch die öffentliche Meinung könne die Welt von uns erobert werden. Jeder müsse auch Werth legen auf eine tüchtige Ueberzeugung. Ein Mensch ohne Ueberzeugung, ohne Bethätigung derselben, sei noch gar kein Mensch. Deshalb solle jeder Arbeiter Abonnent der sozialdemokratischen Presse werden. Soviel Arbeiterfamilien ein Haus habe, soviel Abonnenten auf die sozialdemokratische Presse müsse es zählen. Gegen die dadurch geschaffene öffentliche Meinung sei die ganze Kanonengewalt der Erde ohnmächtig.

Zur Begründung des lübischen Streikpostenverbots, das angeblich sozialdemokratischen Uebergriffen vorbeugen soll, benutzt das hiesige offiziöse Blatt mit gewohnter Un—genirtheit Ausschreitungen, die bei einem in Fulda ausgebrochenen Maurerstreik vorgekommen sein sollen. Ein grandioses Beweismaterial! Im ganzen Wahlkreise Fulda-Schlüchtern-Gersfeld, einer frommen katholischen Gegend, gaben 1898 bei der Reichstagswahl von 19 638 Berechtigten 10 077 ihre ihre Stimme ab, hierunter befanden sich — 291 Sozialdemokraten! Auch der Berliner Straßenbahnerstreik muß herhalten. Daß der Leiter desselben am Ende der Bewegung ein Hoch auf den Kaiser auszubringen gedachte, erwähnt man wohlweislich nicht. Solche „Beweise" entspringen sicher nicht dem embarras de richesse, der Verlegenheit, aus der Fülle des Materials markante Fälle auszuwählen. Geradezu grotesk jedoch wirkt die Phrase, der Senat habe „mit fester Hand zugegriffen." Hätte er's doch gethan! Aber leider! Wir sahen die feste Hand nur im Gesetz- und Verordnungsblatt, in der Praxis blieb uns der Anblick ihres Wirkens versagt.

Die streikenden Braunbierbrauereiarbeiter schreiben uns, Bezug nehmend auf den sie betreffenden Artikel der „Lüb. Anz.": „Der Artikel straft entweder den Verfasser oder die Besitzer Lügen; denn letztere klagen über den Schaden, den sie erleiden, in den beweglichsten Tönen und bereuen längst, in der Uebereilung Unterschrift geleistet und den Bruch herbeigeführt zu haben. Wir sind gewiß nicht unüberlegt in den Streik eingetreten, wir sind fast sämmtlich verheirathete Leute, und hätten uns nicht die Verhältnisse dazu getrieben, wären wir gewiß nicht ausständig geworden. Wir freuen uns aber, daß wir uns dem Verbande der Brauer und verw. Berufsgenossen angeschlossen haben, denn sonst hätte es traurig für uns ausgesehen. Wir bekommen jetzt von unserem Verbande eine reichliche Unterstützung, so daß wir und unsere Familien nicht im mindesten Noth zu leiden brauchen. Unsere Einigkeit und Standhaftigkeit muß jedem Einwohner Lübecks den untrüglichen Beweis liefern, daß uns lediglich die schlechten Verhältnisse in den Kampf getrieben haben. Noch ist nicht ein Einziger abtrünnig geworden. Wir haben zum größten Theile den Besitzern lange Jahre unsere ganze Arbeitskraft geopfert, einige sogar 20—27 Jahre. Heute jedoch, wo durch die ständig theurer werdende Lebenshaltung wir gezwungen waren, ein paar Pfennige mehr von den Arbeitgebern zu verlangen, fliegen wir auf das Straßenpflaster. Da hatte die Freundschaft plötzlich ein Ende. Wir richten nochmals an die Bevölkerung Lübecks die Bitte, uns im Kampfe zu unterstützen, bis Friede geschlossen ist. Den „Lüb. Anz." ist zu rathen, sich besser über die Sache zu orientiren. Die Besitzer erklären, dem Blatte bisher keinerlei Notizen geschickt, auch keinerlei Klage anhängig gemacht zu haben!" Daß die „Lüb. Anz." zu der Sorte Freunden gehören, vor denen den eigenen Gesinnungsgenossen graut, ist eine alte Geschichte!

Die Bürgerschaft hatte am Montag zunächst das Vergnügen, dem Senate 60 000 Mk. für Ehrenausgaben zu bewilligen. Die Repräsentationskosten sind in den letzten Jahren unheimlich gewachsen. Mit Recht wird auch bezweifelt, daß die geforderte Summe ausreichen werde. Es darf wohl auf einen forschen Nachschuß gerechnet werden. Herr Pape erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Kanaltarife „in Bälde" veröffentlicht werden sollen, und Herr Prösch aus Harmsdorf sprach den Wunsch aus, man möge zur Kanalfeier auch die schleswig-holsteinische Landwirthschaftskammer einladen. Wäre es nicht vielleicht praktischer, den Herbert Bismarck zu laden, der als Kreistagsbote so nett über den Kanal geredet hat? Vielleicht würde aus diesem Saulus ja ein Paulus, zumal wenn der Eisenbahnzeitungswunsch, zum großen Tage auch einige Torpedos nach Lübeck zu lootsen, in Erfüllung ginge. — Ueber den Stadtpark, für dessen Weiterausbau 77 600 Mk. gefordert werden, wurde ein Langes und Breites gesprochen. Hauptsächlich drehte sich die Unterhaltung um Grundstückspreise. Herr Buck behauptete, in Straßen der Altstadt seien Häuser um 25 pZt. im Preise gesunken, was Herr Possehl als unvermeidliche Folge der ganzen wirthschaftlichen Entwicklung Lübecks wohl nicht mit Unrecht bezeichnete. Alle anderen Reden entsprangen mehr persönlichen Wünschen über die Bebauung der Umgegend des Parks, auch der dort zu errichtenden Kirche geschah Erwähnung. Irgendwelche Anträge entsprangen der Diskussion nicht. — Lebhafter ging es her bei dem Antrage, für die Erneuerung der Dampfheizungsanlage in der Irrenanstalt 255 000 Mk. zu bewilligen. Anscheinend ist hier eine der vielen verfahrenen Sachen. Wir sind ja in Lübeck daran gewöhnt. Der Umstand, daß selbst in der sonst so zahmen Bürgerschaft das Wort „Flickwerk" mit einer gewissen Vorliebe verwendet wurde, sagt genug. Selbst Herr Senator Bertling nahm den Schutz des Sprichwortes „Viele Köche verderben den Brei" in Anspruch. Herr Dr. Ziehl erklärte rundweg, ein großer Theil der vor wenig Jahren angelegten Gelder sei „geradezu zum Schornstein hinausgeflogen", und Herr Holst, der auch das Bedürfniß verspürte, etwas zu sagen, sprach gar vom „Schneeballspielen mit unserem Gelde." Herr Pape wies mit vollem Rechte darauf hin, daß auch unsere Herren Staatstechniker sich schon recht oft geirrt haben, er mußte sich für seine Ausführungen die sehr geistreiche Bemerkung des Fabius Cunctator der Wassermesserkommission, Herrn Schorer, gefallen lassen, daß er, Pape, noch nicht in der Irrenanstalt gewesen sei und die Frage, — es handelt sich um Kesselanlagen — nicht beurtheilen könne. Nun, nach fünf Jahren wird Herr Pape einmal in der Bürgerschaft **gewesen** sein. Er wird dann vielleicht, obwohl wir an seiner Fähigkeit, belehrt zu werden, gelinden Zweifel hegen, diese Körperschaft zu beurtheilen im Stande sein. Natürlich mußte in den sauren Apfel 1/4 Million hineingebissen werden. — Ein wenig Antisemitismus schimmerte durch die Berathung des Antrages, der israelitischen Gemeinde auf weitere 10 Jahre Zinsfreiheit für das zum Synagogenbau gegebene Darlehen von 22 000 Mark zu gewähren. Herr Tegtmeyer, Abgeordneter des ehemaligen Ghettos Moisling, wollte 4 Prozent von den mosaischen Mitbürgern einheimsen, und Herr Chr. Görtz verknüpfte mit der Versicherung, kein Antisemit zu sein, die Erklärung, die Katholiken stünden „uns" in Glaubensfragen näher als die Juden. Christus war

bekanntlich auch „von Jesses Art". Berechtigt war dagegen der Hinweis, daß man auch den Katholiken ein Darlehen zum Kirchen- und Schulenbau verweigert habe, den Thatsachen entsprechend auch der Hinweis eines Senatsmitgliedes, daß die Juden in puncto Charitas, was die Unterstützung in Noth gerathener Stammesgenossen anlangt, den Christen „über" sind. Der Antrag ward genehmigt. — Hatte man bei dem Redegefechte über die Irrenanstalt der Ueberzeugung Ausdruck verliehen, daß augenblicklich für den Neubau eines Irrenhauses kein Geld da sei, so bewies man bei dem letzten Punkte, Bau eines Warmbadehauses in Travemünde, daß für die Bedürfnisse der Begüterten recht wohl Draht flüssig gemacht werden kann. Herr August Pape unterzog sich der undankbaren Arbeit, darauf aufmerksam zu machen, daß es besser wäre, Kulturaufgaben zu erfüllen, statt für die Bequemlichkeit von Leuten zu sorgen, die getrost in die eigene Tasche greifen könnten. Man nennt das „Steinen predigen." Selbstverständlich wurden die geforderten 115 000 Mk. für die Completirung unseres Luxusbades bewilligt. — Den Schluß der Sitzung füllte eine Rede aus, in welcher Herr Heinrich Thiel die Ueberweisung einer Eingabe des Lehrervereins um Fortfall der Gehaltsklassen an den Bürgerausschuß befürwortete. Am Schlusse seiner Ausführungen machte Herr Thiel das beachtenswerthe Geständniß, man müsse so verfahren, weil die Volksschulen nur von Kindern besucht würden, deren Eltern nicht in der Bürgerschaft säßen. Bei diesen würde ein Uebergang zur Tagesordnung Erbitterung hervorrufen. **Man sieht also das Unrecht ein, ohne Schritte zu thun, es aus der Welt zu schaffen.** Mit ein wenig förmlichem Wohlwollen möchte man den stärksten Groll beschwichtigen. Mit der einstimmig beschlossenen Ueberweisung wird man die berechtigte Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes mit unserer die Besitzenden fördernden Verfassung sicher nicht beseitigen.

Einen schlechten Dienst hat ein Bauarbeiter den Braunbierbrauereiarbeitern erwiesen, indem er, nach seiner Angabe in angetrunkenem Zustande, den Kutscher Utecht vom Osbahr'schen Fuhrwerk vor einigen Tagen fortgesetzt belästigte und Menschenauflauf verursachte, so daß er schließlich verhaftet wurde. Er muß für seine thörichte Handlung 2 Monate Gefängniß verbüßen, die ihm wegen Vergehens gegen § 153 R.-G.-O. auferlegt wurden. Ob die Anwendung dieses Paragraphen hier juristisch unanfechtbar ist, sei dahingestellt, jedenfalls wäre es den Braunbierbrauereiarbeitern angenehmer, wenn Niemand in dieser Weise, statt ihre Interessen wahrzunehmen, sie schädigte.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Carl Christian Friedrich Schrader ist, nachdem die Schlußvertheilung erfolgt ist, aufgehoben.

Der Malerstreik in Itzehoe ist beendet.

= **Arbeiterrisiko.** Im Holzlager und Sägewerk von A. Grube in der Hansastraße verlor heute früh der Arbeiter B. Lotzow an der Kreissäge das erste Glied des Daumens, Zeige- und Mittelfingers der linken Hand. In genanntem Betriebe sind Unfälle nicht eben selten. Der Verletzte mußte sich in das Evangelische Krankenhaus begeben.

Kiel. Ein Schulidyll. Daß der Schulunterricht wegen „Kälte" ausfallen mußte und noch dazu im wunderschönen Monat Mai, muß als neu registrirt werden. So geschah es nämlich, wie die „Kieler Ztg." erfährt, am 19. Mai in der Jürgensbyer Schule. Wie es heißt, sollen keine Kohlen zum Anfeuern des Kessels für die Dampfheizung mehr vorhanden gewesen sein.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 29. Mai

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 3000 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 46—47 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief gut.

Zugeführt wurden 2450 Stück Preise: Beste 100—115 Mk., geringere 60—85 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen

Möblirtes Zimmer für 2 junge Leute. Helenenstr. 7, 1. Etg.

Gesucht sofort oder 1. Juli für einen jungen Mann ein gutmöblirtes Zimmer in der Nähe der Karpfenstraße. Offerten unter **S K 66** an die Expedition dieses Blattes.

Gesucht zum 1. Oktober 1 Wohnung, Burgth., möglichst nahe d. Stadt, 150—160 Mk. Miethe, von Leuten mit einem Kind. Offert. unt. **W. 90** an die Exp. d. Bl.

Zu verkaufen 1 Haus im Steinraderweg 5, St. Lorenz-Kirchhof, 1 Haus in der Schwartauer Allee mit Einfahrt u. Stallung unter günstigen Beding. Näh. Ziegelstraße 1 f.

Zu verkaufen
1 guterhalt. Herren-Sommer-Paletot
und 1 **Damen-Jackett.** Schützenstr. 21 a, 2. Et.

Zu verkaufen
ein guterhaltener Stuhlwagen.
Näheres **Mühlenstraße 40.**

Gesucht sofort
ein freundlicher Laufbursche außer der Schulzeit.
W. Dockhorn, Klempner. Langereihe 1.

Gesucht per sofort:
Ein tüchtiges in allen häuslichen Arbeiten vertrautes
junges Mädchen.
Familiäre Stellung. Gehalt nach Uebereinkunft. Offerte erbitte unter **Nr. 666**
Postamt Gleschendorf 1 postlag-rnd.

Gesucht zum Neujahr-Termin **2000 Mk.** als erstes Pfandgeld in ein vorstädt. Grundstück. Off. unter **S. W. 24** a. d. Exped. dieses Blattes erbeten.

Reparaturen an Uhren die bei **L. Römer,** Lg. Lohberg 41, entnommen sind, werden zu den billigsten Preisen ausgeführt. **W. Huth,** Bezir.

Heinr. Müssig, Malermeister
Karpfenstraße 18.
Empfehle mein eigenes **Leitergerüst** zum Häuserstreichen. **Billige Preise.**

Johs. Tollgreve, Goldschmied
Königstraße 92.
Gold-, Silber- u. Alfenidewaaren.
Reparaturen schnell und billig.

Folkers'
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25
empfiehlt
gut gearbeitete Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

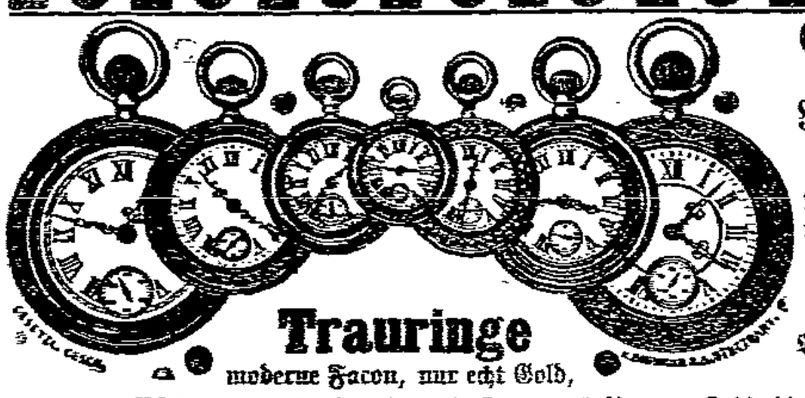
Großartig schön
und ausgiebig ist mein **Reis zu 15 u. 20 Pfg.**
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Sarg-Magazin ob. Mühlenstr. 13. Fernspr. 427.
Gebr. Müter
Grösstes Lager am hiesigen Platze.
Billige Preise,
Stets Neuheiten in Perl- u. Metallkränzen.
Ueberführung von und nach Auswärts.

Schuhe u. Stiefel
Damen- braune Spangenschuhe von Mk. 2,80 an
Damen- braune Chic-Schuhe von Mk. 2,50 an
Herren-Roßlederschnürschuhe, genagelt, von Mk. 3,75 an
Größte Auswahl in sämmtl. Kinder- und Mädchen-Schuhwaaren zu bekannt billigsten Preisen.
A. Drenske Nachf., Breitestraße 21 gegenüber Beckergrube.

Holstenstraße 9 gegründet 1865 **J. Möllendorff** Holstenstraße 9 gegründet 1865
empfiehlt
Schuhwaaren jeder Art
unter absoluter Garantie, für nur **gediegene reelle** Waare, in colossaler Auswahl und zu billigsten Preisen
Holstenstraße 9 gegründet 1865 **J. Möllendorff** Holstenstraße 9 gegründet 1865


Größtes Lager in **Regulateuren, Stand- u. Weck-Uhren.**
Taschenuhren in all. Preislagen u. Mustern, 2—3 Jahre Garantie.
Ketten in Silber, Doublee und Nickel.
Neuheiten in lang. Damenketten.
Brochen Ohrringe, Armbänd., Ringe in reizender Auswahl.
Trauringe moderne Facon, nur echt Gold, **585** gestempelt, in allen Größen vorräthig, empfiehlt die **Uhrenhandlung** von
Aug. Büttner, Uhrmacher, **Hüxstraße 32.**
Umtausch gestattet. Altes Gold wird in Zahlung genommen.

Paul Drauschke, Hundestraße 12.
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
Vertretungen erstklassiger deutscher Marken. Sämmtliche Zubehörtheile vorräthig.
Neu. Radlaufglocken, Seitenantrieb. **Neu.**
Sämmtliche Reparaturen werden aufs Sauberste ausgeführt. Geschäftsprinzip: **Solide Arbeit, angemessene Preise.**

Gelbe u. braune
Stiefel u. Schuhe
für Damen, Herren und Kinder empfiehlt in **nur reeller gediegener Waare** sehr billig.
J. Möllendorff
Gegründet 1865. **Holstenstr. 9.** Gegründet 1865.

Mehrere neue rothe Betten äußerst billig. Blumenstraße 17, 1. Et., am Lindenpl.

Ia. Berger Flohmheringe,
Ia. Fettheringe in gr. Auswahl,
Ia. echte Anchovis,
Essig und Essigsprit
in Gebinden jeder Größe.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Essigfabrik, gegr. 1825.
Fischergrube 61.

Empfehle allen Freunden und Gönnern meine
Broduniederlage
der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei.
F. Köster, Eutin, Friedrichstr. 2.

Streichfert. Oelfarben
genau nach Muster
sämmtliche Malartikel
wie auch **Carbolineum.**
Hansa-Drogerie
Hans Fock
Ecke Fackenburger u. Schwart. Allee.

Karl Willenbrock's
Möbel-Magazin
Marlesgrube 9
empfiehlt gut gearbeitete
Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren
zu soliden Preisen.

Kartoffeln
in allen Sorten, empfehlen billigst
Spethmann & Fischer.

Bienen-Waben
verschieden Format, empfiehlt
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Cigarren!
Empfehle meine vorzügliche
5 Pfg.-Cigarre „Seco"
6 Pfg.-Cigarre „Borneo"
hochfein im Geschmack und Brand.
Leopold Rehm, Kohlmarkt 12 Markt 3.

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich
Ritterstrasse 4a
eine
Colonial- und Fettwaaren-Handlung.
Gute Waare, solide Preise.
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichne
Hochachtungsvoll **Joach. Kraus.**

Achtung! Achtung!
Kohlenarbeiter.

Ausserordentliche
Versammlung
am Donnerstag den 31. Mai
präcise Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Alle Kohlenarbeiter müssen erscheinen.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 124. Donnerstag, den 31. Mai 1900. 7. Jahrgang.

Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien

lautete das Thema, über das Genosse Bebel am Freitag in einer öffentlichen Versammlung in Berlin sprach. Das zeitgemäße Thema hatte eine zahlreiche Zuhörerschaft angezogen. Bis auf den letzten Platz war der große Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt. Die Versammlung war von den Lithographen und Steindruckern einberufen, es waren aber auch eine Anzahl bekannter Führer andrer Gewerkschaften, sowie Angehörige der nationalsocialen Partei und andere Leute aus bürgerlichen Kreisen anwesend.

Bebel verwies (wir folgen dem „Vorwärts"-Bericht. Red. d. L. V.) zunächst darauf, daß es die Gewerkschaften mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz seither vermeiden mußten, Politik innerhalb der Organisation zu treiben. Jetzt, nachdem das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben ist, stehe aber den gewerkschaftlichen Organisationen kein Gesetz mehr im Wege, welches sie an der politischen Thätigkeit hindern könnte. Mittlerweile sei aber in der Gewerkschaftswelt selbst die Ansicht aufgetaucht, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei, Parteipolitik zu treiben, sondern daß sie nur Fach- und Betriebsinteressen zu vertreten hätten. Daß diese Auffassung entstehen konnte, dazu trage der Umstand bei, daß wir in den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen Organisationen liberalen Gepräges haben, und daß neuerdings auch von katholischer und protestantischer Seite Gewerkschaften gegründet worden seien, bei denen es hauptsächlich darauf ankomme, die Gläubigen der genannten Konfessionen zusammen zu halten. Jetzt gebe es fünf gewerkschaftliche Richtungen: 1) die sogenannte sozialdemokratische, 2) die liberale Hirsch-Dunker'sche, 3) die katholische, 4) die evangelische und 5) die durch den Buchdrucker-Verband vertretene möglichst neutrale.

Unmöglich könne die Gewerkschaft ihre Zwecke erreichen, wenn ihre Mitglieder in verschiedene politische Richtungen getrennt sind. Die Unternehmer seien sehr gut, viel besser wie die Arbeiter organisirt. Sie haben die Nothwendigkeit einheitlichen Handelns ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungsverschiedenheiten begriffen. Das lehre uns, daß die Zersplitterung, wie sie seit Jahren in der Gewerkschaftsbewegung besteht, nicht weiter bestehen dürfe.

Die Gewerkschaftsbewegung habe die Aufgabe, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder möglichst günstig zu gestalten. Das könne sie aber nur, wenn sie die Berufsgenossen in möglichst großer Zahl hinter sich hat, und wenn sie über ausreichende Mittel verfügt. Eine Zukunftsorganisation sei die Gewerkschaft höchstens insofern, als sie nach der Beseitigung der kapitalistischen Wirthschaftsordnung die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen habe. Doch davon sei für heut abzusehen.

Wenn die Gewerkschaft stark ist und wenn sie eine gute Leitung hat, dann werde es ihr gelingen, für ihre Mitglieder verhältnißmäßig erhebliche Vortheile zu erlangen. Darum sei es Pflicht aller Arbeiter, der Organisation ihres Berufs anzugehören.

Vertrete man den hier dargelegten Standpunkt, dann sei es selbstverständlich, daß Parteipolitik aus den Gewerkschaften auszuschließen sei. Arbeiterpolitik dagegen müssen die Gewerkschaften treiben. Arbeiterpolitik treiben heiße aber auch eine Reihe von Forderungen stellen, die ohne Politik und ausschließlich durch rein gewerkschaftliche Thätigkeit nicht erreicht werden können. So sei es z. B. sehr schwer, Berufe, in denen die Arbeiterinnen überwiegen, gut zu organisiren, so lange die Frauen nicht sozial unabhängig sind. In der Hausindustrie habe die Organisation bekanntlich wenig Erfolg gehabt. Wo eine Arbeiterkategorie nach Lage der Verhältnisse aus eigner Kraft sich nicht helfen kann, da müsse die Gesetzgebung eingreifen. Das gelte auch von den Arbeitern der Militär- und Marinebetriebe, der Eisenbahn-, der Bergarbeiter u. s. w. Auch hier müsse die Gesetzgebung, besonders die Kritik in den gesetzgebenden Körperschaften eingreifen, um für diese Arbeiter, die unter der Gewalt der Behörden stehen, etwas zu thun. Die bürgerlichen Parteien hätten aber in dieser Hinsicht so gut wie nichts gethan.

Der Redner besprach nun einige gegen die Sozialdemokratie gerichtete Auslassungen des „Correspondent", des Gewerkschaftsblattes der Buchdrucker. Da heiße es, die Sozialdemokratie habe trotz ihrer 57 Stimmen im Reichstag die Arbeitszeit noch nicht um eine Viertelstunde verkürzt und den Lohn noch nicht um 5 Pfg. erhöht. Wenn das ein in der Wolle gefärbter Bourgeois geschrieben hätte, dann wäre es begreiflich, nicht aber von dem Redakteur eines Arbeiterblattes, einem früheren Sozialdemokraten. Bebel erinnerte daran, daß ja die ganze Sozialgesetzgebung nicht wäre, wenn wir nicht die sozialdemokratische Partei hätten. So lange wir im Reichstage in der Minderheit sind, können wir freilich keine Gesetze in unserm Sinne machen, aber wir können, und das haben wir stets gethan, anfeuern, antreiben, und dadurch hat die Sozialdemokratie der Regierung und den Parteien schon manches abgenöthigt.

Parteipolitik soll die Gewerkschaft nicht treiben. Klassenpolitik dagegen soll man als Politiker, aber nicht als Gewerkschaftler treiben. Ich habe früher — sagte der Redner — in dieser Frage eine andere Meinung gehabt. Ich bin jetzt der Meinung, daß die einseitige politische Thätigkeit in den Gewerkschaften ein Fehler war. Es ist nicht richtig, wenn man von dem Gewerkschaftler verlangt: Du mußt die und die politische Ansicht haben! Weiter nahm Bebel Bezug auf eine Aeußerung des „Evangelischen Arbeiterboten", worin den Gewerkschaften gerathen wird, eine Brücke zur Verständigung mit den bürgerlichen Kreisen zu schlagen. Er verurtheilte diesen Harmoniestandpunkt als eine politische Bestrebung, die die Gewerkschaften entschieden bekämpfen müßten und schloß unter Hinweis auf die beiden Seiten der Arbeiterbewegung: politische und gewerkschaftliche, mit den Worten: Thun Sie das Eine, aber lassen Sie nicht das Andre! (Lebh. Beifall.)

Dem Vortrage folgte eine rege, ausgedehnte Diskussion. Zuerst sprach ein evangelischer Theologe, Reinhard Mumm mit Namen. Er sieht die Sozialdemokratie durch die unpolitische Gewerkschaftsbewegung gefährdet, und meint, die Sozialdemokratie habe deshalb ihren tüchtigsten Redner vorgeschickt, um ihren Einfluß auf die Gewerkschaften nicht ganz zu verlieren. Weiter plädirte der Redner für einheitliche, unpolitische Gewerkschaften, in denen alle mitarbeiten können, denen es um das Wohl der Arbeiter zu thun ist.

Tischendörfer, ein national-sozialer Lithograph, ist erfreut, daß seine Anschauung, die Politik habe in der Gewerkschaft nichts zu thun, von Bebel getheilt wird. Für die Gewerkschaften in Deutschland sei der Buchdrucker-Verband ein Vorbild, denn er habe es verstanden, stabile Arbeitsverhältnisse und damit Ruhe im Gewerbe zu schaffen. — Die Gewerkschaftsarbeit müsse Klassenpolitik, Arbeiterpolitik sein. Wenn sie dabei einmündet in die Bahnen der zur Zeit arbeiterfreundlichsten Partei, der Sozialdemokratie, so brauche man das nicht zu hindern. Wenn Vorträge, wie derjenige Bebels, öfter gehalten werden, so würde bald den christlichen Gewerkschaften, die nichts als eine Reaktion gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung seien, und auch den Hirsch-Dunckerschen der Boden abgegraben werden. Der Redner bezeichnete sich als Verfasser des von Bebel angezogenen Artikels des „Evangelischen Arbeiterboten" und meinte, er habe in demselben nicht für die Aussöhnung der Arbeiter mit der bürgerlichen Klasse eintreten wollen, sondern für eine rein gewerkschaftliche, zu friedlichen Verhandlungen mit den Unternehmern stets bereite Arbeiterorganisation.

Nachtigal schloß sich im allgemeinen den von Bebel vertretenen Anschauungen an, ebenso Pötzsch, der unter anderm ausführte: Wenn wir auch von der Ansicht, die Gewerkschaften seien die Rekrutenschule für die Sozialdemokratie, abgekommen seien, so dürfe man doch nicht, wie es Tischendörfer thue, glauben, die Sympathie der bürgerlichen Kreise sei uns sicher, wenn wir uns nicht als Sozialdemokraten zeigen. Jede Lohnbewegung werde, um sie zu kompromittiren, von bürgerlicher Seite als sozialdemokratisch bezeichnet. Parteipolitik sollten die Gewerkschaften nicht treiben, aber ohne Politik gehe es nicht, denn die Gewerkschaften könnten doch nicht umhin, sich mit Fragen des Arbeiterschutzes zu befassen, und das sei schon Politik. Man brauche in der Gewerkschaft nicht immer den sozialdemokratischen Standpunkt betonen, man solle aber nicht ein für allemal sagen, die Gewerkschaften dürfen keine Politik treiben. Viele Berufsgruppen können durch gewerkschaftlichen Kampf gar gar nichts erreichen, hier müsse die Gesetzgebung erst die Bahn frei machen. Redner citirte einen Paragraphen aus dem Statut der „Evangelischen Arbeitervereine", der als Hauptzweck des Bundes die „gemeinsame und planmäßige Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie" hinstellt. Sei das etwa keine Politik? Auch die Hirsch-Dunckerschen sind durchaus politisch, indem sie durch den bekannten Revers die Sozialdemokraten von ihren Vereinen ausschließen. Er warne davor, aus einem Extrem in das andere zu verfallen, gewerkschaftliche und politische Fragen ließen sich vielfach nicht trennen.

Nach einer Geschäftsordnungs-Debatte, die sich um Vertagung oder Schluß der Debatte drehte, erhielt Massini (Buchdrucker) das Wort, um, wie er sagte, auf die Angriffe Bebels gegen den Buchdrucker-Verband zu antworten. Bebel habe gesagt, an den Auslassungen im „Correspondent" sehe man, wohin die Neutralität führe. Redner meint, wenn der „Korrespondent"-Redakteur Rexhäuser die Angriffe, die der Buchdrucker-Verband seit 1896 von der Sozialdemokratie zu erdulden hatte, in anständiger Form zurückweise, so thue er damit nur seine Pflicht als Redakteur des Verbandsorgans. Wenn es der Sozialdemokratie daran läge, daß dieser Streit aus der Welt geschafft werde, dann hätte der Parteivorstand der „Leipziger Volkszeitung" und dem „Stettiner Volksboten" untersagen sollen, einen so gehässigen Ton gegen den Buchdrucker-Verband anzuschlagen, wie sie es gethan. Das Unrecht, was man uns seit Jahren zugefügt hat, werden wir bekämpfen, und in diesem Kampfe werden wir Sieger bleiben.

Bebel wandte sich in seinem Schlußwort zunächst gegen Massini, dessen letzte Ausführungen einen ziemlich erregten Ton hatten. Erregte Leute — sagte Bebel — haben selten recht. Nicht gegen den Buchdrucker-Verband, sondern gegen dessen Redakteur Rexhäuser habe er sich gewandt. Eine sonderbare Ansicht sei es, wenn Massini meine, der Parteivorstand habe das Recht, den Parteiblättern zu sagen, was sie schreiben sollen. Eine solche Diktatur bestehe bei uns nicht. Der „Correspondent" habe in den letzten Jahren so viele Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei geschleudert, daß es ein Verbrechen wäre, wenn die sozialdemokratische Presse nicht darauf geantwortet hätte. Der Buchdrucker-Verband sei stets so neutral gewesen, daß er den Arbeiterstandpunkt nie vertreten habe. Als ihm aber bei dem großen Streik im Jahre 1892 die Mittel ausgingen, da sei er an die sozialdemokratische Partei herangetreten und habe auch von derselben Geld erhalten. Ein Beweis, daß die Partei dem Buchdrucker-Verband nicht feindselig gesinnt war. Von den Buchdruckern seien die Angriffe auf die Partei ausgegangen, und dadurch sei die gegenwärtige Spannung erzeugt worden. Sorgen Sie dafür, daß Ihr Redakteur nicht einen Ton gegen die Sozialdemokratie anschlägt, der ein Skandal in der Arbeiterbewegung ist. (Stürmischer Beifall. Massini ruft: „Er hat es gelernt!") Nun, wenn er diesen Ton gelernt hat, dann sollte er nicht die unanständigen Sitten anderer Leute nachahmen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wandte sich Bebel gegen einige Ausführungen Tischendörfers, und bemerkte zu den Auslassungen Mumms, daß dessen Ansicht über das Verhältniß der Sozialdemokratie zu

---

Sumpfland.

Roman von Dora Duncker.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Georg schüttelte den Kopf.

„Ich gönne ihm ja von Herzen alles Gute — und wenn es sein Wunsch war! Aber wird der Rath, jenes scharfen Arbeitens, wie es auf den Berliner Bureaus gefordert wird, längst entwöhnt, seiner Aufgabe noch gewachsen sein? Wird er mit seiner schwachen, schwankenden Natur dem Anprall der großstädtischen Wogen standhalten können? Er, der sein Leben lang nur in kleinen, engen Verhältnissen gelebt und gewirkt hat!"

Georgs bittere Enttäuschung, das Wiedersehen mit Anna durch diesen Umstand aufs Neue hinausgerückt zu sehen, trat vor den schweren Besorgnissen, die ihn ergriffen hatten, vollständig in den Hintergrund.

Die alte Frau sah ihn mit ihren guten, klugen Augen mitleidig an.

„Ich dachte mir's wohl, mein Junge, daß es Dir nicht gefallen würde. Hier oben war Dir die Anna besser aufgehoben, gelt?"

Er nickte kaum merklich mit dem Kopf.

Seine Gedanken waren weit fort. Sie suchten das junge, schöne, unerfahrene Geschöpf dort, von wo er soeben gekommen, in dem Gewühl der Straßen, mitten zwischen der nach Vortheil und Gewinn, Erwerb und Ehre geizenden, hastenden, jagenden, begehrlichen Menge — zwischen Laster und Verbrechen — unbeschützt und allein. Er sah dreiste Blicke sie anstarren — er hörte freche Worte ihr zuflüstern, die sie heute noch nicht verstand. — Wie lange, und auch dies reine Geschöpf, das er sich hatte herabholen wollen von den Schroffen seiner Heimathsberge, ehe der Schlamm und Schmutz des Lebens es berührt, würde einen Blick auf die alle Kehrseite des Lebens gethan haben! Und er war nicht mehr da, ihre Jugend, ihre Unschuld zu beschützen! Und wenn er wirklich wiederkehren wollte — er hätte nicht einmal das Recht gehabt, für sie einzutreten, sich als Ritter Georg für sie zu bethätigen. Sie waren keine Kinder mehr.

Georg legte die Hand über die Augen und rückte seinen seinen Stuhl aus dem Bereich der hellstrahlenden Lampe fort.

„Seit wann sind Thienemann's fort?"

„Seit vierzehn Tagen, seit dem Ersten!"

„So kurze Zeit?"

„Na, meinst Du denn, mein Junge, sie hätten sich sonst nicht längst bei Dir gemeldet? Sie sind ja, wie Du weißt, bis auf die Anna und den Max, aus dem gewiß 'mal was Ordentliches wird, wenn ihn die Alten nicht vorher verderben, nicht gerade mein Schwarm, aber alte Freunde vor den Kopf stoßen — nein, das thun sie nicht — und das hätte die Anna auch nicht gelitten."

„Glaubst Du, Mutter?" fragte er beinahe feierlich.

„Ja", gab sie ihm einfach zurück und reichte ihm die große, knochige Hand über den Tisch hinüber.

„Und waren sie Alle mit diesem plötzlichen Lebenswechsel einverstanden?"

„Sie zogen aus wie zu einem Fest — Alle — nur die Anna nicht. Sie konnte sich nicht freuen. Wir haben uns ja nicht mehr oft gesehen, dazu kam die Sache zu schnell und brachte zu viel Arbeit mit, aber wenn sie mal auf ein Viertelstündchen zu mir herüberhuschte, immer dasselbe: es war, als ob sie etwas vor Berlin warne. Sie wußte nicht zu sagen, was es war, aber wenn sie wirklich einmal an etwas Gutes, Freudiges dachte, was sich ihr dort bieten könne, gleich stand wieder ein dunkler Schatten neben dem Bischen Freude, den nicht einmal die Gewißheit, Dich dort zu finden, verscheuchen konnte. Wenn sie ja gewußt hätte, daß Du Berlin zur selben Zeit verlassen würdest, daß Du sie hier suchen würdest!"

„Und die Räthin?"

Frau Hellweg lachte.

„Die gute, schwache Seele! Es war wieder einmal rührend, die kleine Frau zu sehen, ganz Anbetung für ihren Mann, der zu so großen Dingen berufen war. Manchmal kam sie heimlich und verstohlen zu mir hergelaufen, die Freude und der Stolz ließen ihr keine Ruhe. Was nur die Leute zu dieser Auszeichnung ihres Mannes sagten? O, und was sie erst in Berlin sagen würden! Und was man dort von ihrem Max halten würde, der sofort auf ein königliches Gymnasium käme und nun natürlich studiren werde, und welch' Gefallen man an der hübschen, kecken Grete finden würde, die erst noch eine Selekta, oder wie sie es nannte, besuchen sollte, weniger, um was zu lernen, als um gleich Bekanntschaften mit hohen Kreisen zu machen. Nun, mein Junge, Du kennst sie ja."

Georg lächelte.

„Dazwischen schwirrte es dann wieder von Auszeichnungen für ihren Mann, von Orden und Titeln und dem Glück und der Ehre, Beamter zu sein. Und vor Allem von der Beamtenehre! Als ob das eine ganz besondere Ehre wäre! Eine Ehre, die der Beamte für sich allein gepachtet hat! Als ob nicht jeder anständige Handwerker ganz ebenso auf seine Ehre hielte! Geh' mir damit. Dein Vater? Hatte der vielleicht eine schlechtere Ehre, als der Rath? Weil er nur ein simpler Tischler war und auch nicht etwas Anderes scheinen wollte?"

Georg wollte die erregte Frau begütigen, aber sie hörte nicht auf ihn.

„Nein, nein, ich weiß schon, wie ich mit der Räthin daran bin", fuhr sie fort.

„Wie wir Menschen nach außen dastehen und taxirt werden, was die Leute über Einen sagen, das ist die Hauptsache für diese Frau. Wie's da innen im Herzen der Menschen aussieht, ich glaube, danach fragt sie nicht viel."

Georg schüttelte den Kopf.

den Gewerkschaften und die Ursache der Versammlung ganz unzutreffend seien. Von der Neutralisirung der Gewerkschaften habe die Sozialdemokratie keinen Schaden.

Die Versammlung endete um 12½ Uhr. Zur Fortsetzung der Debatte soll eine neue Versammlung, in der Bebel aber nicht erscheinen kann, einberufen werden.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Tischler in Schwiebus ist zu Gunsten der Ausständigen beendet. — Die am Oberschlesischen Bahnhof in Breslau beschäftigten Kutscher, ihrer 50 an der Zahl, haben, wie der „Breslauer Generalanzeiger" meldet, Montag früh halb sechs Uhr die Arbeit eingestellt, nachdem ein Gesuch um Lohnverbesserung, welches sie am letzten Freitag an die Verwaltung richteten und dessen Beantwortung sie bis Montag früh erbeten hatten, erfolglos geblieben war. Der bisher gewährte Anfangslohnsatz betrug 1,70 Mk., der Maximallohnsatz 2,10 Mark pro Tag. — Der Streik der Holzarbeiter in Halle dauert fort, da die angebahnten Verhandlungen zu keinem Ergebniß führten. — Die Wagenführer der elektrischen Straßenbahn in Erfurt verweigerten Sonntag Morgen die Aufnahme des Dienstes, weil die Direktion ihnen eine Aufbesserung ihrer Bezüge versagte. Die Ausständigen verlangen Aufbesserung ihrer Löhne von 2,10 bis 2,50 Mk. auf 2,50 bis 3,00 Mk. pro Tag, sowie die strengere Durchführung der schon bestehenden Bestimmung, nach der jeder dritte Tag ein Ruhetag sein soll. Die Arbeitszeit der Wagenführer währt mit Ausnahme einer halbstündigen Essenspause von früh halb sieben Uhr bis Abends 10 bis 11 Uhr. Nebeneinnahmen durch Trinkgelder sind ausgeschlossen. Der Betrieb ist gegen 10 Uhr in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Direktion verlangte Bedenkzeit bis zum 1. Juni und die Angestellten gingen darauf ein unter der Bedingung, daß keine Maßregelungen vorgenommen werden. — In einer Versammlung von etwa 500 Bäckergehülfen in Frankfurt a. M. wurde von der Lohnkommission mitgetheilt, daß 138 Geschäfte mit 430 Gehülfen die gestellten Forderungen bewilligt haben. 80 Geschäfte mit 180 Gehülfen haben nicht bewilligt. Der Vorschlag der Lohnkommission, in diesen Geschäften sofort die Arbeit niederzulegen, wurde mit 491 gegen 6 Stimmen angenommen. — In der Ganz'schen Waggonfabrik in Budapest stellten Montag über 3000 Arbeiter die Arbeit ein, weil monatliche Lohnauszahlung bei den Akkordarbeiten eingeführt worden war. Generaldirektor Asboth erklärte einer Abordnung der der Arbeiter, er sei bereit, die bisherige Gepflogenheit aufrecht zu erhalten, wenn die Arbeiter sich um 3 Uhr Nachmittags wieder zur Arbeit einfänden. Ein Theil der Arbeiter nahm nach Wolf infolgedessen die Arbeit wieder auf. — In Trifail (Oesterreich) befinden sich 3000 Bergarbeiter im Ausstand. Der Konflikt ist auf die Maßregelung eines Arbeiters zurückzuführen. — Die Arbeitsaussperrung der Hafenarbeiter von Landskrona (Schweden) ist mit dem Sieg der Arbeiter ausgegangen. Der alte Preiskurant, der herabgesetzt werden sollte, ist erhalten, die Arbeiter werden mit 1000 Kronen gegen Unfall versichert. Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden. Vor allem aber ist das Arbeitsnachweisbureau des Fachverbandes anerkannt als einzige Stelle für die Arbeiter-Stellenvermittelung.

Der Zentralverband der Elektromontöre und Berufsgenossen Deutschlands hält zu Pfingsten im neuen Gewerkschaftshause in Berlin seinen Verbandstag ab. Der Beginn der Verhandlungen ist auf Sonntag, den 3. Juni, Morgens 9 Uhr, festgesetzt. Die Tagesordnung enthält u. A.: Bericht des Vorstandes und Ausschusses, Zeitungsfrage, Anträge, Neuwahlen, Verschiedenes.

Reichs-Seuchengesetz und Rohrleger. Die Rohrleger und Installateure Breslaus haben durch ihre Beauftragten den Bevollmächtigten Max Korditzke und den Vertrauensmann Wilhelm Alter an die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten das Ersuchen gerichtet, bei Berathung des Reichs-Seuchengesetzes Anträge zum Schutz der Rohrleger und Installatöre zu stellen. Zur Begründung ihres Verlangens machen sie darauf aufmerksam, daß sie in ihrem Beruf bei Seuchen der Ansteckungsgefahr mindestens ebenso stark ausgesetzt sind, wie Aerzte und Krankenpfleger. Sie haben Aborte, Pissoirs, Ausgüsse und Bade-Einrichtungen zu revidiren und zu repariren, Anschlüsse an Kanäle auszuführen und dergleichen. Grade bei dem Auftreten von Seuchen würden derartige Arbeiten häufiger als sonst vorzunehmen sein. Es gebe Kanalsysteme, wo Arbeiter aus den zugänglichen Hauptkanälen die darin lagernden Abfallstoffe herauszuholen und in geschlossene Wagen zu bringen hätten, Arbeiten, die noch dazu unter den ungünstigsten Umständen, zumeist bei Nacht, ausgeführt werden müssen. Dabei ist es gar nicht zu vermeiden, daß sie mit den die Ansteckungskeime in Massen enthaltenden Abfallstoffen in direkte Berührung kommen, sich die Kleider und Körper beschmutzen. Es stehen ihnen aber weder Reinigungs- noch Desinfektionseinrichtungen zur Verfügung und auch zu Hause sind sie bei ihren schlechten wirthschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage, jedesmal eine so gründliche Reinigung des Körpers oder gar der Kleider vorzunehmen, wie sie zur Verhütung von Krankheitsübertragungen nöthig wäre.

Die Petenten ersuchen alle Interessenten, sofort zu der Frage Stellung zu nehmen und Zustimmungserklärungen an den Bevollmächtigten Max Korditzke in Breslau, Mariannenstraße 18, gelangen zu lassen.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Aus Lötzen (Ostpr.) wird berichtet: In der Schmiede zu Gr.-Wronnen war der Schmied mit dem Ausklopfen eines Radreifens auf dem Amboß beschäftigt. Ein Besitzer half ihm dabei. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Explosion. Hinzugekommene Dorfbewohner fanden die Schmiede voll Rauch, den Schmied und den Besitzer vom Amboß entfernt am Boden liegend. Die innere Einrichtung der Schmiede war zerstört, der eine Giebel herausgeschleudert und eine Wand gesprengt. Nachdem der Schmied zu sich gekommen war, klärte sich der Unfall auf. Der Schmied hatte leichtsinniger Weise ein Pack Pulver an der Wand der Schmiede unweit des Ambosses hängen. Durch herumfliegende Funken entzündete sich das Pulver und explodirte. Der Schmied und der Besitzer haben arge Brandwunden erlitten. — Aus Konitz wird vom Sonntag berichtet: Die Beerdigung Winters fand heute unter größter Theilnahme der Bevölkerung statt. Der Landrath des Kreises und die Behörden der Stadt waren mit im Trauergefolge. Vor dem Laden des Schlachtermeisters Levy in der Danzigerstraße fand während des Vorbeimarsches des Leichenzuges ein Tumult statt. Einige Ruhestörer wurden verhaftet. Ein Korrespondent der Berliner „Welt am Montag" konstatirt, daß bis zur Stunde über den Thäter jeder Anhalt fehlt und Kriminalinspektor Braun daher schon die Hoffnung aufgegeben hat, den Schuldigen zu ermitteln, wenn nicht ein Zufall hier zu Hülfe kommt. Da zweifellos mehrere Personen, bei der Art der Ausführung der That, um diese selbst wissen müssen, so hätte die hohe Belohnung schon ihre Wirkung haben müssen. Daraus folgt, daß Niemand außer den Thätern um den Mord weiß. — Ein schwerer Zusammenstoß auf der Straßenbahn fand in Berlin statt. Einem Motorwagen, der mit Anhängewagen nach dem Grunewald fuhr, ging die Kontaktstange vom Draht, so daß der Wagen stehen blieb. Bevor die Stange wieder an den Draht herangebracht war, kam schon der nächste Wagen herangefahren. Da der Führer den im Dunkel stehenden Wagen nicht wahrnehmen konnte, so fuhr er mit voller Geschwindigkeit auf denselben auf und zertrümmerte ihn. Der Kasten wurde von den Achsen gehoben und nach dem Bürgersteig geschleudert. Die Fahrgäste wurden nur unbedeutend durch Glasscherben und Splitter verletzt, der Führer des zweiten Motorwagens gerieth aber zwischen die Vorderwand seines Wagens und die Trümmer des Anhängewagens, erlitt Arm- und Beinbrüche und schwere Quetschungen an der Brust und wurde von Fahrgästen und Straßenpersonal besinnungslos aus den Trümmern herausgeholt. — Der wegen Verdachts des Mordes an Fräulein Medenwaldt verhaftete Willy Gluth in Berlin ist aus der Haft entlassen, nachdem Montag Vormittag noch zahlreiche Vernehmungen stattgefunden hatten. Nach Schluß der Vernehmung konnte der Untersuchungsrichter der Mutter bereits die Mittheilung machen, daß sich die Unschuld ihres Sohnes herausgestellt habe. Eine greifbare Spur des Thäters ist bisher nicht gefunden. — Von 15 Arbeitern, welche, wie s. Zt. gemeldet, am 10. Mai in der Gewerkschaft zu Jünkerath (Eifel) von der heißen Gießmasse einer umgeschlagenen Pfanne überschüttet wurden, sind nach der „Köln. Volksztg." bereits sieben gestorben. — Zwischen den Stationen Meidling und Altmannsdorf (Oesterreich) stürzte eine Lokomotive den Bahndamm hinunter, wobei der Maschinist getödtet, ein Heizer schwer verwundet wurde. — Der Bürgermeister von Altenmarkt im Triesting-Thal, Karl Haberfellner, ergriff, wie die Wiener „Neue Fr. Presse" meldet, mit Hinterlassung von 200 000 Kronen Schulden die Flucht; er wird vom Kreisgericht in Neustadt wegen Betruges und Veruntreuung steckbrieflich verfolgt. — Die ungarische Ortschaft Tornyos Nemeti (Komitat Abauj-Torna) steht in Flammen. Da ein Orkan wütete, war eine Lokalisirung des Feuers unmöglich. — Vor dem Schwurgerichte in Szatmar hat vorige Woche ein Sensationsprozeß stattgefunden, welcher seit Monaten die öffentliche Meinung in hohem Maße beschäftigte. Der Gutsbesitzer Bela Papp, ein Mann, welcher in der Gentry der dortigen Gegend eine Rolle spielte, hatte zwei Brüder, deren Erbantheile er um jeden Preis an sich reißen wollte. Gegen den älteren wußte er den Vater so einzunehmen, daß jener das Haus verlassen mußte und nach Amerika ging; zur Beseitigung des jüngeren, Elemer Papp, verband er sich mit seinem Vetter Soltan Papp, einem herabgekommenen Edelmann, und dingte einen halbblödsinnigen Schafhirten, Namens Michael Zsoldics, der seinen Bruder Elemer erschießen sollte, ein Auftrag, welchen Zsoldics, nach langer Weigerung, ausführte, indem er den jungen Mann bei einem Spaziergange im Walde niederschoß. Nach mehrtägiger Verhandlung wurden der Gutsbesitzer Bela Papp, der seinen Bruder ermorden ließ, und sein fügsames Werkzeug, der Schäfer Michael Zsoldics, zum Tode durch den Strang, der Helfershelfer der beiden, Soltan Papp, zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Als nach gefälltem Urtheil der Vorsitzende des Gerichtshofs den Mörder Bela Papp fragte, ob er seine That bereue und um Gnade bitte, antwortete er mit einem lauten „Nein!" Es ist das erste Todesurtheil, das seit Einführung der Geschworenengerichte in Ungarn ausgesprochen worden ist; die Geschworenen haben übrigens beschlossen, die Verurtheilten der Gnade des Königs zu empfehlen, wohl nicht aus Sympathie für die Mörder, sondern aus Abneigung gegen die Todesstrafe, welche sie nach dem Gesetze aussprechen mußten. — Ein im Bau begriffenes Kühlhaus in den Docks zu Southampton stürzte ein. Fünfzig Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Mehrere wurden todt aufgefunden, viele werden noch vermißt. — Ein schweres Schiffsunglück wird aus Engl. Guyana gemeldet. „Daily Expreß" berichtet aus Damarra, daß ein Personendampfer mit 120 Personen an Bord auf dem Flusse von Posano gesunken ist und 40 Personen dabei den Tod fanden.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. bis 26. Mai 1900.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

Mai. 15. Handlungsgehülfe Max Karl Theodor Heinr. Stein. Maschinist Carl Wilhelm Seumenicht. 16. Arbeiter Johann Carl Nicolaus Wissendorf. Arbeiter Martin Josef Dabitz. 18. Nieter Wilhelm Karl Theodor Johann Klasen. 19. Kaufmann Johannes Heinrich Daniel Goldenbaum. Schlosser Johannes Wilhelm Hermann Schroeder. Maschinentechniker Georg Wilhelm Franz Koopmann. 20. Malermeister Ludwig Friedrich Heinr. Müssig. Kunst- und Landschaftsgärtner Andries Ferdinand Boon Hartsink. Glaser Hermann Johannes Carl Mews. Eisenbahnbureau-Assistent Friedr. Alexander Heinrich Bredfeldt Arbeiter Johann Niklas. 21. Schriftsetzer Gustav Hermann Plepsch. Arbeiter Wilhelm August Pomarenke. Maurer Bernhard Heinrich Friedrich Kneesch. 22. Gerichtsschreiber Rudolf Georg Johann Schütz. 24. Fabrikarbeiter Wilhelm Gustav Christian Schoppenhauer (Krempelsdorf.) Musiker Johannes Heinrich August Meyer.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

Mai. 14. Arbeiter Joachim Heinrich Stegmann. 16. Kaiserlicher Obermaschinist a. D. Rudolf Eduard Mundt. 17. Arbeiter August Ludwig Sievers. Cigarrenarbeiter Heinrich Wilh. Adolph Körner. Arbeiter Ludwig August Carl Hettemeyer. 18. Maschinist Gerhard Heinrich Wilhelm Mehrhof. 19. Schutzmann Wilhelm Georg Johannes Strübing. Brothändler Johann Friedrich August Lankau. Steinsetzer Heinrich Ludwig Johann Andreas Mellmann. Arbeiter Claus Paasch. Tapezier Johannes Heinrich Theodor Gerke. 21. Güterbodenarbeiter Karl Friedrich Gottlieb Koopmann. Kaufmann Herrmann Heinrich Rudolph Möller. Maler Heinrich Wilhelm Hartmann. Eisenbahnbeamter Johann Hinrich Niemeyer. 22. Bäckermeister Johann Hinrich Friedrich Ludwig Groll. 23. Arbeiter Johann Peter Friedrich Habeler. 24 Arbeiter Johannes Wilhelm Theodor Behrens (Wilhelmshöhe). Arbeiter Carl Theod. Christian Röhl. Arbeiter Johann Schmitt. 25. Buchhalter Heinrich Jacob Joachim Parbst. Schachtmeister Kasimir Juskowiak. 26. Arbeiter Wilhelm Friedrich Joachim Lau.

Sterbefälle.

Mai. 19. Anna Catharina Sophia geb. Schriever, Wittwe des Arbeiters Hermann Heinrich Theodor Hinrichsen, 59 J. Arbeiter Johann Jochim Heinrich Schwarz, 71 J. Roßschlachter Hinrich Friedrich Rieck, 57 J. 20. Hermann Heinrich Johannes Schläter, 4 M. Dorothea Charlotta Louisa geb. Burchart, Wittwe des Handelsmannes Johann Christian Friedrich Meink, 73 J. Christina Margaretha Schacht gen. Plambeck, 73 J. Prokurist Heinrich Hermann Emil Teschau, 30 J. Maria Dorothea Elisabeth geb. Geske, Ehefrau des Revisionsaufsehers Christian Friedr. August Altmann, 28 J. Ein Knabe, 11 Stunden, V.: Kaufmann Johannes Heinrich Daniel Goldenbaum. Zimmermann Hans Heinrich Rieckhoff, 58 J. 21. Albertine Emma Höppner, 8 M. Bäckergehülfe Friedrich Johann Heinrich Duebeler, 19 J. Erna Maria Elise Höppner, 23 T. Christina Luise Dorothea geborene Rabien, Wittwe des Böttchermeisters Johann Friedrich Georg Brasch, 68 J. Privatier Otto Friedrich Jacob Daniel Rohde, 77 J. 22. Bertha Jacoba Hilken geb. Schmidt, Ehefrau des Bäckers Joh. Hinrich Friedrich Ludwig Groll, 38 J. Früherer Schuhmacher Jochim Hinrich Friedrich Schoof, 77 J. Arbeiter Johann Friedr. Georg Wilhelm Christian Höhn, 70 Jahre. Paul Fölsch, 1 Jahr. Johanna Catharine Elisabeth geb. Grünberg, Ehefrau des Nieters Carl Heinrich Wilhelm Rooks, 25 J Arbeiter Hans Peter Friedrich Schmidt, 55 J. Privatmann Martin Winckler, 54 J. 23. Seminarist Ernst Ludwig Peter Wulf, 22 J. Ein Knabe, 7 Tage, V.: Arbeiter Johann Willendorf. Schneider Johann Friedrich Ernst Ahlers, 69 J. Rudolf Welzel, 1 M. 17 T. (Vorwerk). 25. Tabackspinner Emil Paul Hiemenz, 24 J. Wilhelm Friedrich Johannes Wieschendorf, 3 J. Henriette Sophia Maria geb. Gaartz, Wittwe des Kaufmannes Wilhelm Heinrich Hermann Schweder, 62 J. 26. Anstreicher Hermann Heinrich Friedrich Lüth, 32 J. Hugo Patzig, 8 M. Heinrich Friedrich Walter Steteubuhr, 10 M. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Arbeiter Marcus Christian Johann Meyer.

Angeordnete Aufgebote.

21. Mai Ingenieur Carl Diedrich Otto Hesch zu Duisburg und Anna Elise Christiane Welle. Schlossergeselle Heinrich August Asmus Tapper und Wilhelmine Zepter, beide zu Fackenburg. Arbeiter Emil Heinrich Wilhelm Tidow und Line Ida Dorothea Schmidt, beide zu Bohnrade. Friseur Joachim Hans Heuer und Caroline Sophia Catharina Groth. Kellner Johann Friedrich Carl Melchert und Catharina Friederike Henriette Mund zu Travemünde. Maurer Johann Heinrich Dominicus Puls und Maria Sophia Christina Frost zu Dechow. 22. Arbeiter Jochen Peter Heinrich Kelling und Marie Dorothea Caroline Tanger zu Grambow. 23. Anstreicher Peter Heinrich Ludwig Fick und Ida Ritter. Schlossergeselle Gustav Adolf Schultz und Maria Elisabeth Elsabe Catharine Burmester. 25. Gärtner Johann Heinrich Wilhelm Loop und Sophia Dorothea Charlotte Fenwert. Feuerwehrmann Paul Hermann Halmich und Caroline Sophia Dorothea Stratmann. Erbpächter Hinrich Friederich Soltau zu Groß-Steinrade und Luise Sophia Catharina Dittmann zu Schönböcken. Geschäftsreisender Karl Martin Erdmann Sabinsky und Frida Bernhardine Louise Benning. Dienstknecht Asmus Heinrich Böttcher zu Reinfeld und Minna Anna Bertha Redder zu Heilshoop. 25. Arbeiter Friedrich Paul Arnold Carl Meyer und Amalie Maria Magdalene Spiel zu Schönberg i. M.

Eheschließungen.

21. Mai. Artist Richard Franz Rappa und Leopoldine Decker. 22. Arbeiter Max Heinrath Rudolf Pagel und Catharine Christine Marie Geerds. Lagermeister Carl Conrad Friedrich Petersen und Anna Christine Dorothea Hamann. Kaufmann Carl Adolf Schmaltz zu Hamburg und Wilhelmine Marie Louise Möller. Lagermeister Wilhelm Ernst Heinrich Ratsch und Dorothea Anna Minna Sindt. 25. Regierungs-Baumeister Erich Blunck in Steglitz bei Berlin und Karin Martens. Schutzmann Carl Hermann Heider und Anna Martha Auguste Luise Reinfeldt. Kaufmann Iwan Meyer und Anna Henne Sohn. Arbeiter Franz Heinrich Friedrich Christian Clasen und Maria Katharina Elisabeth Kähler. Kesselschmied Carl Johann Friedrich Upahl und Bertha Wilhelmine Sophie Möller. 26. Eisenbahn-Stationsarbeiter Ferdinand Heinrich Gloe und Sophie Elise Dorothea Borgwardt. Zimmermann Andreas Peter Christian Kaufmann und Emma Maria Elisabeth Bode. Arbeiter Adolph Carl Ludwig Wegener und Anna Amalie Miersen. Zimmermann Johannes und Maria Auguste Elisabeth Bahr.

„Du kannst die Räthin nicht recht leiden, Mutter, und bist ungerecht gegen sie. Du fragst nichts nach der Welt — ich weiß das — vielleicht ist es eine Größe — vielleicht ein Fehler? Ich möchte mich nicht vermessen, das zu entscheiden. Jedenfalls kann ich Frau Thienemann nicht so klein scheiten, wie Du es in Deinem Herzen thust, nur weil sie auch den Schein gewahrt wissen will. Glaub mir, gute Mutter, es ist nicht so übel um den Schein, nur muß er der Widerschein jener goldenen Wahrheit sein, von der unser ganzes Leben durchtränkt sein sollte."

Frau Hellweg hatte eine Antwort auf der Zunge, aber sie unterdrückte sie.

Georg fuhr fort.

„Auch mir, Mutter, ist der Schein nichts Gleichgiltiges, Du weißt es. Auch mir liegt daran, daß nicht nur Gott, sondern auch die Menschen etwas Erträgliches an mir und Allen, die sich zu mir zählen, sehen."

Der alten Frau trübten sich die Augen.

Auch sie war eine grundehrliche, goldwahre Natur, aber sie hielt's mit dem Satz: Thue recht und scheue Niemand. — Dennoch schwieg sie. Sie wollte den Sohn heute nicht betrüben.

Nach einer kleinen Weile fragte Georg:

„Weißt Du die Adresse von Thienemann's in Berlin?"

„Nicht aus dem Kopf, mein Junge. Aber hier" — und sie zog ein kleines schwarzes Buch aus der Tasche — „hier hat's die Anna mir eingeschrieben, noch kurz ehe sie zur Bahn hinabging."

Georg löste das Blatt aus dem Büchelchen und legte es sorgfältig in die Brieftasche.

In der Nacht war das Wetter umgeschlagen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.